Freunde der Erde Berlin

3,-

Jan Peters

Rechtsextremisten



als Umweltschützer

Kritisches Vorwort 1988

Die Ökorechte gibt es tatsächlich, und folgende Schrift soll uns einen Eindruck von ihrer Entstehung geben.
Diese Schrift wurde wieder aufgelegt, nicht um eine alte Faschismusparanoia zu beschwören, sondern in der Hoffnung auf eine endlich angemessene Auseinandersetzung mit dieser Erscheinung. Gute Hoffnung zur endlichen Bewältigung unserer "unbewältigten Vergangenheit" gibt auch die neue russische Politik, die die Gralshüter des Antifaschismus, SED und DKP (SPD in der Folge) zum umdenken zwingt. Denn deren Antifaschismus war nur die Kehrseite des Hitler-Stalin-Paktes, und diente ihrer Reinwaschung. Wenn diese Linke es nicht mehr nötig hat, die Rechte zu etwas aufzublasen, was sie gar nicht ist, dann schrumpft nämlich die Ökorechte mit ihrer religiösen und völkischen Schwärmerei, mit ihrer Verschwörungsparanoia und mit ihren quacksalbernen Rohkost- und Müsliheilslehren auf ein Häuflein Dummheit zusammen.
Das Ausmaß und die Bedeutung der Ökorechten wird häufig falsch eingeschätzt, bzw übertrieben. Übertreibung ist insofern schädlich, als sie bei ängstlichen Menschen den Fatalismus fördert, während jene, die die Übertreibung durchschauen, häufig aus Ärger gleichgültig werden.
Jan Peters folgende Schrift übertreibt leider manchmal, bzw liefert Fehleinschätzungen. So behauptet er, daß "große Teile" der alternativen Jugendbewegung nach 1933 "umstandslos zur Hitlerjugend gingen." Die Wahrheit ist aber, daß der Individualismus all dieser Jugendbünde, ihr Splittergruppengeist und ihre Abenteuerlust sich in keine Massenorganisation wie die HJ fügen konnte. Selbst nationalistische Kleinbünde wie Artamenen, Geusen und Wehrjugend sympathisierten zwar mit Hitler (für den Wandervogel übrigens ein Schimpfwort war), lehnte aber die HJ ab. Gewiß spielte auch ein elitäres Vorurteil gegen diese plebejische Massenorganisation eine Rolle. Die angebliche Wegbereitung des Faschismus durch die Jugendbewegung ist eine marxistische (SED, DKP) Geschichtslüge.
J.P. hat einen saloppen Marxismus drauf, mit dem er recht flott alle Welt nach rechts und links sortiert. Zwar behauptet er, die wahren gesellschaftlichen Gegensätze bestünden zwischen oben und unten, aber das erklärt er nicht so. Vielmehr legt er dar, daß der entscheidende politische Gegensatz der zwischen Rechts und Links ist.
Erstaunlich ist auch, welche Bedeutung J. Peters der Trilateralen Komission als Schaltstelle der Macht des Weltkapitalismus zuschreibt. Solche kindischen Weltverschwörungstheorien kennen wir von den Rechten mit ihren Enthüllungen über die New Yorker (jüdische) Hochfinanz. Dahinter steht keine vernünftige, sondern eine mystische Weltanschauung (ähnlich R. Reagans "Reich des Bösen"). Bedürfen also auch Marxisten solcher Mythen? Erstaunlich ist überhaupt, wie einfach und scheinbar logisch Marxisten die Welt erklären können. So schließt J.P. über die Wortkette: Ganzheitlich - Volksganzes - Volksgemeinschaft darauf, daß die ganzheitliche Betrachtung der Gesellschaft die Klassengegensätze negiere, und somit der gegenteiligen rechten Weltschauung nahestehen müsse.
Soweit sei eine Kritik dieser Schrift gleich vorweg genommen. Ihr Vorzug aber ist, daß hier in gedrängter Form eine Fülle von Namen, Zusammenhängen und Verbindungen erklärt werden, die durchaus wissenswert sind. Zwar ist sie schon einige Jahre alt, aber die inzwischen erfolgten Auseinandersetzungen in den Umweltschutzorganisationen und in der Grünen Partei mit den Ökorechten bestätigen J.P's damalige Warnungen. Ausführlich und mit vielen Belegen wird die Ökorechte in den Büchern "Nationaler Sozialismus von Rechts" dargestellt (siehe Anzeige auf der letzten Umschlagseite).
Man sollte dieses Sektenwesen studieren, ohne sich von ihren streitsüchtigen Reden abschrecken oder gar manipulieren zu lassen. Man sollte den Unsinn des Parteienwesens erkennen, ohne selbst Partei zu ergreifen!

Keine Partei, keine Vereinsmeierei, kein Staat!

Inhaltsverzeichnis

Wie es zum grünen Modetrend kam, mag folgendes verdeutlichen.
Die *Trilaterale Kommission* ist eine „Gruppierung von Privatpersonen aus Westeuropa, Japan und Nordamerika", aus der sich u.a. ein grosser Teil der Carter-Administration aber auch der sozialdemokratischen Bundesregierung rekrutiert. Dieses Politbüro für den internationalen Kapitalismus setzt sich im wesentlichen aus sehr einflussreichen Kapitalmanagern der multinationalen Konzerne und Vertretern der politischen Eliten zusammen und formuliert die Leitlinien der Weltpolitik. In ihrem ideologischen Brevier „The Crisis of Democracy", New York, University Press, 1975 heisst es unmissverständlich auf Seite 115: „Wir erkennen, dass es potentiell wünschenswerte Grenzen des Wirtschaftswachstums gibt. Es gibt auch potentiell wünschbare Grenzen der unbestimmten Ausdehnung der politischen Demokratie. „Die TK verordnet dagegen folgende Radikalkur: das Staatsdefizit, die Schulden und die Kaufkraft der Arbeiter durch „harte Entscheidungen" zu senken; fähig zu sein, „seinem Volk die notwendigen Opfer aufzuerlegen, um eine effiziente Außen- und Militärpolitik zu führen". Da der Hauptgegner nach diesem richtungsweisenden Brevier die freien Gewerkschaften und die Linke sind, „muß die demokratische Welle verklingen", heißt es weiter in diesem sehr lesenswerten Text. Das ist auch die Ideologie von Herbert Gruhl und anderen rechten Grünen, wie wir noch zeigen werden. Wesentlich beeinflußt wurde deren Ideologiebildung durch den Bericht über „Die Grenzen des Wachstums des *Club of Rome* zur Lage der Menschheit, dem etwa 70 Wissenschaftler und Industrielle angehören. Darunter z.B. der italienische Fiat-Chef Agnelli, der auch in der TK sitzt.

Der „Politische Sonderdienst" vom 21.12.77 meldete, daß der „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI) „das Auftreten kurzschlüssiger ‚Grüner Listen' bei den Landtagswahlen vorsichtig begünstigen wolle, da „die Initiatoren dieser Gründungen kurzschlüssig und naiv, im Zweifelsfalle sogar steuerbar" sind.

Die in Industriekreisen zirkulierende Managerinformation „Gesellschaftspolitik und Wirtschaftsordnung" (Springer) lobte die Grünen schon am 4.8.78, weil diese sich „gegen radikaldemokratische Experimente als mißverstandene Ideologie" wenden.

Unsere Grünen wenden sich mehrheitlich gegen das Rechts/Linksschema, gegen die Kritik der Politischen Ökonomie und den Internationalismus. Ihnen geht es um eine gesunde Lebensweise, den ganzheitlichen gemeinschaftsgebundenen Menschen, den Weg „zurück zur Natur" und um „nationale Werte" unter dem Deckmantel des Neutralismus. Sie verbinden diese Positionen immer mehr mit der Ideologie einer über den Klassen stehenden Solidargemeinschaft des „Volksganzen", was ein anderer Begriff für Volksgemeinschaft ist, die den Klassenantagonismus negiert. Das deckt sich über weite Strecken mit den Auffassungen der Nationalrevolutionäre und Nationalbolschewisten, die in der Weimarer Republik katalysatorisch für den Nationalsozialismus wirkten. 1918 entstand unter der Ägide Eduard Stadtlers der Verein für nationale und soziale Solidarität „Die Solidarier", der später von führenden Industriellen wie Thyssen, Kirdorf, Siemens und vor allem Stinnes finanziert und auf andere Weise unterstützt wurde. 1919 erschien in der republikanischen Zeitschrift „Die Tat" das erste „Grüne Manifest". Aus den „Solidariern" gingen später die meisten nationalrevolutionären Zirkel hervor, von denen viele dann zum Strasserflügel der NSDAP stiessen und teilweise das Programm dieser Partei mitformulierten. Die grüne antiindustrielle Solidargemeinschaft war damals das Ziel grosser Teile der Alternativszene der Bündischen Jugend, der Lebensreformbewegung und ähnlicher Gruppen, die dann umstandslos zur Hitlerjugend gingen und für Führer, Volk und Vaterland starben. Vorteile daraus zogen nur die Großindustriellen und Bankiers, die nicht nur die „Solidarier", sondern laut Nürnberger Kriegsverbrechertribunal im Jahre 1945 auch ihre geistigen Nachfahren, die nationalsozialistische Bewegung, förderten. In diesem Zusammenhang ist die Politik der *Trilateralen Kommission* interessant, die offenbar ähnliches bezweckt. Ernst Bloch sagte zur grünbraunen Ideologie: „Das ist gute alte Nazitradition: Heile Welt, reine Luft, Blut und Boden, keine Verfälschungen durch jüdische Machenschaften chemischer Art."

Heute sind es vor allem die Ideologen der Neuen Rechten, die die Grünen immer mehr beeinflussen. Die ökonomistische Fehlinterpretation des Marxismus und die ständigen Menschenrechtsverletzungen durch die Politkommissare des Ostens tragen heute sehr viel zur Wiederbelebung reaktionärer Ideologien an der Basis der Gesellschaft bei. Selbstverständlich ist die Kritik an dem kontraproduktiven Wildwachstum unserer technischen Zivilisation und eine engagierte Umweltschutzpolitik gerade heute ausserordentlich wichtig. Wir meinen nur, dass soziale Bewegungen, die die Kritik der politischen Ökonomie, die Gewerkschaftsforderungen und die Interessenvertretung von sozialen, ethnischen und sexuellen Minderheiten mehr oder weniger negieren zugunsten einer rein ökologischen Orientierung, sehr leicht in das Fahrwasser rechtsextremistischer Gruppen geraten können. Wie weit die ideologischen Übereinstimmungen zwischen Grünen und Braunen wieder gehen, verdeutlicht folgende Dokumentation.

Wer an der Untersuchungsmethode Anstoß nimmt, sollte bedenken, dass man z.B. in der Linken Verfassungsschützer enttarnt. Bei der sozialökonomischen Untersuchung des militärisch-industriellen Komplexes schreckt man auch nicht davor zurück, Namen und Zusammenhänge zu benennen. Mit Ultrarechten sollte man nicht mehr gemeinsam haben als mit den Kräften, die demokratische Rechte beschneiden!

Nazis als Umweltschützer

Die „Deutsche Bürgerinitiative" des Nazis Manfred Roeder wendet sich in einem Flugblatt „gegen moralische und politische Anarchie" mit dem Ziel der „Erneuerung unserer Staats- und Sittenordnung", denn „Gerechtigkeit ist wichtiger als Demokratisierung". Daraus folgt, „daß nur der bürgerkriegsähnliche Zusammenstoß in Brokdorf die Atombefürworter zum Einlenken gezwungen hat", so daß sie die „Entzweiung der Bürgerinitiativen" bedauert. In einem Rundbrief zur Umweltschutzbewegung fordert Roeder deshalb dazu auf, sich in diese unpolitische Szene einzubringen und „ihr eine klare Perspektive zu geben".

Roeder proklamierte sich im Mai 78 als Nachfolger des von Hitler eingesetzten „Reichspräsidenten" Dönitz, bekämpft die BRD „diesen Unrechtsstaat", und will das Deutsche Reich im hitlerischen Sinne wiederherstellen.

Ähnlich sind die Umweltschutzparolen der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) zu bewerten, die „den grössten Deutschen aller Zeiten" — dessen Hakenkreuz sie weiß auf schwarzem Grund auf den Armbinden tragen — dafür preisen, daß er „eine reine Welt" anstrebte. Für diese Sympathisanten einer neuen NSDAP ist der Biopolitiker Adolf Hitler das große Vorbild.

Die „Bauernschaft" des Altnazi Thies Chrisophersen — zeitweise Redakteur bei der „National-Zeitung" des Dr. Frey, Herausgeber dieses reaktionären Bauernblattes und Inhaber des KRITIK-Verlages veröffentlicht ökologische Texte. Christophersen verfasste auch das Buch „Die Auschwitzlüge", in dem die KZ-Morde und antisemitischen Verbrechen des 3. Reiches bestritten werden. Der Bauer Baldur Springmann inserierte lange Zeit in der „Bauernschaft". In seiner Eigenschaft als Sprecher des „Weltbundes zum Schutze des Lebens" in Schleswig-Holstein schrieb er am 22.5.77, daß er „Thies Christophersen als aufrechten Menschen schätze". Springmann gehört zum Landesvorstand der „Grünen Liste" Schleswig-Holstein und war Kandidat der „Europa-Grünen". Die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK) des Vielparteiengründers Erwin Schönborn — ein Zusammenschluß kleinerer pronazistischer Gruppen — gründete im Spätsommer 78 eine „Grüne Liste" Baden-Würtemberg. Die VVK hängt außerdem mit Schönborns „Kampfbund Deutscher Soldaten" und dem rechten „5%-Block" zusammen, der gleichfalls ökologisch orientiert ist.

Die nationalrevolutionäre „Volkssozialistische Deutsche Partei" (VSDP) meldete in ihrem Organ 39/78 „Nationale Verantwortung" unter der Überschrift „Schwarz oder rot — wir schlagen Euch tot", daß die „Volkssozialistische Einheitsfront (VSE), zu der neben der VSDP weitere völkisch-*solidaristische* Gruppen gehören, den Wahlkampf der „Grünen Liste Umweltschutz" in Hessen aktiv unterstütze und deren Materialien auch direkt an Interessenten versende.

Der „Extradienst“ vom 18.4.78 meldete, daß schon im Januar 78 ein internes Treffen der „Solidaristenbewegung“ stattgefunden habe, die sich in die aktuelle Politik der grünen Listen einschalten wolle. Dies war dieser Meldung zufolge schon in Schleswig-Holstein und Niedersachsen geschehen und wurde für Hessen vorbereitet. Teilnehmer waren die „Solidaristische Volksbewegung“ (SVB), die VSDP und andere solidaristische Gruppen wie die exilrussischen NTS-Solidaristen, die sich an der Gründung der hessischen GLU beteiligten. Nach „Novelle voix d'Alsac Lorraine“ vom Oktober 78 traf sich die deutsche Sektion der rechtsradikalen „Wahlgemeinschaft 2000“ (die aber dann an den Europawahlen nicht teilnahm) am 30.9.78 in Frankfurt-Höchst. Mit dabei waren die kleine neonazistische „Nationale Deutsche Arbeiterpartei“ (NDAP) — offenbar ein Zusamenschluß von NSDAP-Sympathisanten —, die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“ (VVK), der Witikobund (!) und die „Grüne Liste Umweltschutz“ Hessen, die der Ex-Juso Wolfgang Truss persönlich vertrat, der sich nach dieser Zeitschrift an einer längeren inhaltlichen programmatischen Diskussion mit Erwin Schönborn beteiligte. Weiter ist von Interesse, dass der „Schneidhaimer Kreis“, der als eine Verlängerung des „Club of Rome“ angesehen wird, ebenfalls anwesend war.

Die Nationaldemokraten als Grüne Partei

Die NPD — vor kurzem noch vom Mannheimer Verwaltungsgericht als „verfassungskonform“ bezeichnet — verklärt nostalgisch das 3. Reich und bekämpft militant alle marxistischen und liberalen Tendenzen. Sie verfügt über interessante Querverbindungen zur CSU durch das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ oder CDU/CSU-Prominente wie Graf Huyn und zu offen nazistischen Gruppen wie der „Wiking-Jugend“ und der ANS, von denen sie ihre Versammlungen häufig schützen lässt. Seit einiger zeit kursiert das „ökologische Manifest“ der rheinland-pfälzischen „Jungen Nationaldemokraten“. Hier wird von Herbert Gruhl abgeschrieben und behauptet, das „Ökologieverständnis der NPD ist humanistisch“. Dieses Manifest wurde von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) bundesweit übernommen. Seit dem letzten Bundesparteitag der NPD am 18./19.11.78 haben die „Nationaldemokraten“ einen neuen grünbraunen, biopolitische-„ökologischen“ Kurs. In der entsprechenden Entschließung des 12. NPD-Parteitages geht es um „nationale Einheit“, den „Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie“ gegen „AKWs, kapitalistische, kommunistische Konzerne“, und die Alternative dazu: „umweltbeachtendes Wirtschaften im lebensrichtigen Ordnungssystem der Solidargemeinschaft Volk“, also um eine völkische Solidargemeinschaft, wobei die Handschrift der solidaristischen Neuen Rechten unverkennbar ist.

Die NPD bildete in Rheinland-Pfalz eine regionale Grüne Liste NPD. In einem ihrer Flugblätter hieß es u.a., daß „lebens- und menschengerechte nationaldemokratische Politik im Widerspruch steht zur kapitalistischen Wegwerf- und Profitgesellschaft und der marxistischen Produktions- und Plangesellschaft“. Die Liste orientiere sich deshalb „an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen, des Volkes und der Völkergemeinschaft. Die NPD erkennt die Notwendigkeit der unzerstörten Umwelt und unverdorbenen Innenwelt als...Voraussetzung des weiteren Bestandes unseres Volkes“.

Der Bundesvorstand der GLU nahm seinerzeit — wie aus dem Rechenschaftsbericht des damaligen Vorsitzenden Georg Otto hervorging — Fusionsverhandlungen

mit dieser GL auf.

In der Zeitschrift *Volk und Umwelt* 1-2/79, die von der NPD-nahen „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung" (VVV) herausgegeben wird, finden sich interessante Einzelheiten über die personelle Zusammensetzung des Landeskoordinationsausschusses des Umwelttreffens in Rheinland-Pfalz. Seit dem 15.10.78 arbeiten demnach zusammen: der WSL-Funktionär Dr. Max-O. Bruker, der zugleich Kuratoriumsmitglied des wissenschaftlichen Beirates der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" ist; hans Kaegelmann von der „Gesellschaft für Lebensschutz" (GFL) und dem 5 %-Block, der diverse kleine nazistische Gruppen vereinigt mit guten Kontakten zu Schönborns VVK, die ebenfalls dabei ist, den „Jungen Nationaldemokraten", der VVV, der „Grünen Aktion Zukunft" (GAZ), der AUD und des „Naturheilbundes" etc. Bei der konstituierenden Versammlung war der damalige GLU-Bundesvorsitzende Georg Otto persönlich anwesend. Inzwischen ist Otto Bundessekretär der „Grünen". Walther Thal als Schriftleiter von „Volk und Umwelt" schrieb in der gleichen Ausgabe, dass „es für uns Umweltschützer nur eine Liste gibt, die wir wählen können: die verfemte NPD"! Offenbar in diesem Zusammenhang spricht er sich dann für die „Sammlung aller nationalen Gruppen" aus. Nachdem dies bekannt wurde, bildeten Bruker und Kaegelmann eine „Grüne Liste — Wählergemeinschaft" Rheinland-Pfalz unter Beteiligung „unabhängiger Gruppen" (aus einem Rundbrief Brukers), die an den Einigungsgesprächen in Bonn teilnahmen.

Diese „Grüne Liste — Wählergemeinschaft" Rheinland-Pfalz, die offenbar unter NPD-beteiligung zustandekam, traf sich dann laut „Volk und Umwelt" 10-11/79 am 26./27.10 in Koblenz und am 21./24.11.79 in Gartow mit der „Bürgerpartei" des Steuerrebellen Fredersdorf, den NPD-nahen Gruppen „Deutsche Bewegung für Demokratie" und „Sammlungsbewegung Lebensordnung"; dem *Achberger Kreis/Aktion Dritter Weg;* der Liga für freie Völker „Europa 2000, der Gruppen wie der Witikobund, die neonazistische „Nationale Deutsche Arbeiterpartei" und die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" angehören; und „Die Grünen" Rheinland-Pfalz und Baden-Würtemberg sowie einigen kleineren Gruppen, um über eine „Liste des Volkes" unter der zentralen Wahlkampfparole „Weder Strauß noch Schmidt" zu diskutieren, in der alle „nichtetablierten, nicht extremistischen Interessenten" sich organisieren sollen. In dieser Zeitschrift wird in diesem Kontext die Parole „Nicht grün-bund-rot, sondern das Leben hat Vorrang" ebenso propagiert wie die „Volksgemeinschaft als zentraler Gedanke". In diesem Zusammenhang druckt „Volk und Umwelt" dann gleich noch einen rassistischen Text aus den „Unabhängigen Nachrichten" nach!

Martin Mußgnug, der langjährige NPD-Vorsitzende, kommentierte diese Entwicklung in der „Deutschen Wochenzeitung" vorausschauend so, daß „ein ökologisch denkender Mensch automatisch eine rechte Position einnimmt...Wenn einige vorausdenkende Linke in der grünen Welle letztlich die Gefahr einer Rechtsentwicklung sehen, so wollen wir dem nicht widersprechen". Nach wie vor fordert diese Partei die „Freiheit für Rudolf Hess", den „Schluß mit der Kriegsschuldlüge" und die „Revision der Nürnberger Geschichtsentstellung". Immerhin stufte das allierte Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1945 die NSDAP-Staatspartei mit ihren Hilfsorganisationen als kriminell wegen ihrer permanenten Verbrechen gegen die Menschlichkeit (KZs, Judenmorde, Verletzung elementarer Menschen- und Völkerrechte) ein.

Ludendorffer in der Ökoszene

Der religiös-fanatische „Bund für Gotteserkenntnis" bildete vor dem 2. Weltkrieg eine Art Fraktion in der NSDAP, die Hitler wegen seines „Antikapitalismus" ablehnte und dafür zeitweise von der Gestapo verfolgt wurde. Die Anhänger der „Gotteserkenntnis" der Mathilde von Ludendorff sind extrem autoritär und rassistisch. 1961 wurde diese Vereinigung wegen ihres antisemitischen „Antijedaismus" verboten, aber 1976 im Zuge der allgemeinen Rechtsentwicklung wieder zugelassen. Die Ludendorffer stehen zur Politik des 3.Reiches und sollen noch immer einige tausend Mitglieder haben. Hausblatt dieses „Bundes.." ist „Mensch und Maß".

Ein besonders rühriger Propagandist der Ludendorffer ist Eberhard Engelhardt, der als Verteidiger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen auftrat. Die Kaderleute der Ludendorffer sind schon sehr lange in der Ökologiebewegung aktiv. Der Ludendorffer Walther Soyka leitet das „Institut für biologische Sicherheit", in dessen Kuratorium Leute wie Roeder und Engelhardt sitzen. Erst seine enge Zusammenarbeit mit der Versandbuchhandlung Bohlinger in Husum-Wobbenbüll, die diverse Nazischriften wie die „Auschwitzlüge" vertreibt, führte zu dem Eingeständnis, daß er seit Jahren dieser Sekte angehört.

Ludendorffer, Biopolitiker aus dem Umfeld der NPD, FSU-Leute etc. bilden die Hamburger *„Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft" (GDA)*, deren Publikationen heute typisch sind für das Zusammenfliessen völkischer, biopolitischer, „esoterischer" und ökologischer Strömungen. In der GDA-Zeitschrift „Biologische Zukunft" schrieb der ehemalige Marine-Korvettenkapitän Ernst Jäckel u.a.: „Der organisierte schleichende Massenmord der Atomkraftwerke (wird) aus den Kreisen der Staatsführung gefördert, (und) hinter den Machthabern der Bundesrepublik stehen wie heimliche Kommissre die mörderischen Handlanger des kommunistischen Landesverrates."

Von diesen und ähnlichen Leuten wird Biopolitik im Sinne der nazistischen „Anthropologie" von Rosenberg, *Günther,* Clauß und die ihnen entsprechende Blut- und Bodenpolitik als „Umweltschutzpraxis" ausgegeben und unterschlagen, was die Hitler-Schergen mit den politischen, ethnischen und sexuellen Minderheiten gemacht haben. Im Verlag des Ludendorff-Schwiegersohns von Bebenburg (Hausverlag des „Bundes...) wurden verschiedene Schriften des Nazi-Rassentheoretikers H.F.K. Günther wieder neu aufgelegt.

Andere rechte Parteien

Die korporativistische „Unabhängige Arbeiter-Partei" (UAP) wird zu Unrecht übersehen. In Bayern und dem Rhein-Main-Gebiet ist sie ganauso stark wie die NPD, von der sie sich nur graduell unterscheidet. Sie „kämpft für das Leben und gegen den Atomtod", für „ein Mitbestimmungsrecht..., bei der der Arbeiter Partner und somit ‚Gesellschafter' der Betriebsführung und an dem von ihm verwirklichten Gewinn beteiligt ist..., worüber der vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erstellte Betriebsrat im Einvernehmen mit der Betriebsführung mitentscheidet", was sehr genau den antigewerkschaftlichen Vorstellungen des Korporativisten Otto Strasser entspricht! Und selbstverständlich spricht die UAP sich auch für die „Freilassung von Rudolf Hess" aus!

Wolfgang Strauß ist einer der Sprecher der Neuen Rechten/Aufbauorganisation „Sache des Volkes", zugleich Schriftleiter des UAP-Organs „Reichsarbeiterzeitung" und offizieller Schulungsreferent der „Jungen Nationaldemokraten".

Die „naturpolitische Volkspartei" hielt am 24./25.3.79 in Verden/Aller ihren ersten gut besuchten Bundeskongress ab, deren völkisches Programm davon ausgeht, dass „die deutsche Nation im Herzen Europas stets ein ausgleichender Faktor war", sodass die NPV „sich bewusst in den Dienst der Ganzheit (stellt), um als wahre Sozialisten unserem Volk und der Nation zu dienen", um „das Volk wieder mit der natürlichen Ordnung zu konfrontieren". Ein Lebensschutzprogramm gibt es natürlich auch.

Kreuz- und Querverbindungen

Der Vorstand des „Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) verschickte vor einiger Zeit an die Leser des Verbandsorgans „Lebensschutzinformationen" (LSI) die rechtsextreme Zeitschrift „VGM — heiße Eisen" des Vereins gegen parlamentarischen und bürokratischen Mißbrauch", in der nebeneinander Anzeigen der neofaschistischen Blätter „Deutsche Wochenzeitung" (NPD), „Nation Europa" (alte und neue Rechte), „Mut — das nationalpolitische Magazin" (NPD-nahe) und der „Unabhängigen Nachrichten" (UN) (NSDAP-Sympathisanten) standen. Diese Blätter drucken schon lange grünbraune Texte. Die UN übernehmen LSI-Texte ohne Quellenangabe, dgl. oft die „Bauernschaft", die „Deutsche Wochenzeitung", die Blätter von VVK, VSDP, GDA, verschiedene Regionalinformationen der NPD. Mit der „Reichsarbeiterzeitung" verbreiten alle diese grünbraunen Blätter eine Monatsauflage von etwa 70.000!

Kontakte zum WSL

In den WSL hinein und von ihm ausgehend gibt es Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen. WSL-Gründer Günter Schwab, zeitweise Mitarbeiter bei der GDA, unterstützte in ihrer Aufbauphase die (inzwischen eingegangene) faschistische „Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas" des wegen NS-Aktivitäten nach 1945 zum Tode verurteilten Grazers Theodor Soucek. Schwab las bei der Gründungsversammlung aus seinem Buch „Der Tanz mit dem Teufel". Der frühere WSL-Chef Bruker arbeitet im wissenschaftlichen Beirat „der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung", die u.a. von dem bekannten NPD-Funktionär Rolf Kosiek geleitet wird. Der jetzige WSI-Chef Werner Haverbeck war HJ- und NS-Studentenführer und später als von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess persönlich geförderter Beauftragter der NSDAP für „Volkstumsarbeit". Laut „LSI" vom Oktober 79 wurde Günther Schwab auf der WSL-Versammlung auf das Wärmste begrüßt. Der WSL-Vize E.O. Cohrs begrüsste demnach auch Dr. Bruker sehr herzlich. Cohrs ist langjähriger Anzeigenkunde bei Thies Christophersen! Laut „hessen-Informationen" der NPD erarbeiteten die Nationaldemokraten ihr „Ökologisches Manifest" in „Zusammenarbeit mit dem WSL".

Solidaristen bei den Grünen

Die „Solidaristenbewegung“ hat sich erfolgreich in die Politik der GLU Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eingemischt (siehe auch Notiz über die EXTRADIENST-Meldung vom 18.4.79), während die Grünen Listen in Baden-Würtemberg und Rheinland-Pfalz u.a. von der VVK, unabhängigen rechten Gruppen und NPD-Leuten gebildet wurden. Bei diesen Listen, der GAZ und Teilen der rechten Jugendorganisationen „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und „Blaue Adler-Jugend“ (UAP) ist eine stärkere Hinwendung zur Ideologie der Neuen Rechten festzustellen, zu der deshalb etwas mehr gesagt werden muß.

Der frühere NPD-Funktionär Pöhlmann gründet 1972 die „Aktion Neue Rechte“, aus der im wesentlichen die Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation „Sache des Volkes“ (NRAO) und die „Solidaristische Volksbewegung (SVB) hervorgingen. Die SVB ist heute bei den Grünen teilweise *tonangebend* und arbeitewt ausserdem mit der nationalrevolutionären „Volkssozialistischen Deutschen Partei“ (VSDP) zusammen.

Teilweise lehnt die Neue Rechte vor allem die NRAO relativ glaubhaft! — verbal den hitlerischen Antisemitismus ab. Die SVB wird sich wahrscheinlich ab März 1980 in „Bund Deutscher Solidaristen‘ (BDS) umbenennen und laut Rundbrief vom 1.11.79 seine Mitarbeit bei den Grünen unter diesem Namen intensivieren. beide Tendenzen sind völkisch-nationalistisch, zutiefst antimarxistisch und antigewerkschaftlich wie alle alle Rechten. Der Rassismus spielt bei ihnen eine weniger grosse Rolle. Ihre Magazine „Sol“ (SVB, neu) und „Neue Zeit“ (NRAC) propagierten ökologische Askese, biodynamische Ernährung, Dezentralisierung von Technologien — ausgenommen die Machtstruktur! —, „bedürfnisgerechte Lebensgestaltung“, „Nestwärme und Geborgenheit“, also hier alternatives Leben konservativer Orientierung, das von ihnen umgebogen wird zu völkisch-nationalen Bewegungen, im Falle der SVB mit deutlicher Sympathie für den italienischen Faschismus.

Henning Eichberg, einer der Sprecher der „Sache des Volkes“, publizierte seinen Text „National ist revolutionär“ in der linkssozialdemokratischen Zeitschrift „Das Da-Avanti“ als Antwort auf Dutschkes Thesen zum Nationalismus, der dann mit einem begeisterten Kommentar von Manfred Roeders „Deutschen Bürgerinitiative“ nachgedruckt wurde. Eichberg schreibt ausserdem in der sonst sehr lesenswerten Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ ebenso wie in rechten Blättern, z.B. in dem NRAO-Magazin „Neue Zeit“, daß übrigens auch u.a. Texte von Wolf Deinert brachte, der aus dem „langen Marsch“ und der TAZ bekannt ist.

Das Programm der NRAO „Sache des Volkes“ ist weitgehend identisch mit dem Programmentwurf der „Grünen“, dem Zusammenschluß aus GAZ, AUD, Teilen der GLU und anderen Gruppen. Siegfried Kurtschinski arbeitete unter falschen Namen: einige Zeit bei der NRAO mit, die streng konspirativ nach ML-Vorbild in Basisgruppen organisiert ist. Er schrieb in seinem Beitrag für den SPV-Band „Neofaschismus — Rechte im Aufwind“, dass etwa tausend aktive Militante mitarbeiten und schätzte das in einem Gespräch mit mir so ein, dass diese Leute die Ökoszene infiltrieren. Nationalrevolutionäre und Solidaristen haben zwar unterschiedliche Strategien und Programme, beziehen sich aber ebenfalls auf den Solidarismus Otto Strassers. Daher ist für sie „Deutscher Sozialismus...ein Volkssozialismus. Wir sind nicht für Gleichmacherei, da Sozialismus nichts mit Gleichmacherei zu tun hat“, sagt Werner W. Kosbab, der VSDP-Vorsitzende, in einem Kurtschinski-Interview.

Am 29.4.78 stand z.B. in „Sol", daß sich „die Solidaristische Volksbewegung" aktiv in die Wahlkämpfe in Norddeutschland eingeschaltet hat, also in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In Konkurrenz zur „Bunten Liste" Hamburg — einer der wenigen Lichtblicke bei den Regionalwahlen — bildete sich dort ein GLU-Landesverband. Lothar Penz, ein SVB-Mitbegründer, gehört dort der SChiedskommission an. Der SVBler Roland Schaub-Pappa war zweiter Landesvorsitzender; er ist Schriftleiter des Verbandsblattes „*Sol*". Pappa ist wie die meisten SVBler Mitglied im „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes", der laut „Verfassungsschutzbericht" 76 zweitgrössten rechtsextremen Vereinigung in der BRD, mit der auch zahlreiche andere Rechtsgruppen zusammenarbeiten. Weiter sind in der Hamburger GLU die SVBler Ulrich Behrens, der jetzt zweiter Landesvorsitzender ist, und Joachim Rudat, das NPD-Mitglied Manuel Wittstock und der Ludendorffer H. Soyka. GLU-Landesvorsitzender und Bürgerschaftskandidat war bis vor einiger Zeit Artur Riegel, ein Mitglied des erweiterten BBU-Vorstandes, der sich mit einer öffentlichen Erklärung hinter diese Leute stellte. Der WSL-Funktionär Heinz Böhmcke gehört übrigens auch zum Funktionärskörper der GLU-Hamburg. Auch er verteidigte in der Hamburger „Neuen Politik" die Mitarbeit der SVBler. In NRW gibt es ähnliche Einflüsse. Der GLU-Landesvorsitzende Wegener erklärte öffentlich — zuletzt bei den Wahlen in Botrop! — „die GLU werde mit Kommunisten, Schwulen und Kriminellen nicht zusammen arbeiten", was ganz klar gegen das Spektrum der Bunten und Alternativen gerichtet ist.

Nach eigenen Bekundungen haben sich die Solidaristen „in die ökologische Bewegung eingeschaltet. Dabei sind sie bestrebt, den dort sehr widersprüchlichen Interessen und Tendenzen, die sich meistens nur auf aktuelle Teilprobleme orientieren, eine nationalpolitische Gesamtkonzeption zu vermitteln". Diese solidaristische Ideologie führt wie die Sozialgeschichte zeigt in eine faschistisch - etatistische Entwicklung. Das wird offenbar, wenn wir uns die Selbstdarstellung der SVB weiter ansehen. Darin heisst es veröffentlicht in den Frankfurter „Nationalpolitischen Studien" —„daß der „moderne (italienische, d.A.) Korporativismus demokratischen Charakters ist, wie die reichhaltige Literatur vor allem aus dem Umkreis des MSI ausweist". Es ist demnach „egal für die Solidarismuskonzeption, ob einer Arbeiter oder Unternehmer, etabliert oder nicht etabliert ist, wenn er in seinem Denken und Handeln konsequent eine radikale Umkehr in Richtung der nationalen und sozialen Volkssolidarität als hauptnenner des gemeinschaftsgebundenen Menschen vollzogen hat. Nur wenn der Unternehmer seinen ‚privaten' Status überwindet und in Körperschaften mit der Arbeitnehmerseite kooperiert, ist ein sinnvoller Lenkungsmechanismus möglich. Das kann nur funktionieren, wenn auch die Gewerkschaftsseite den Klassenkampfgedanken und totale Herrschaftsansprüche aufgibt (durch) Heranbildung einer *volks*orientierten Leistungs- und Funktionshierarchie." Wie diese konkret aussieht, beschrieb u.a. Otto Strasser der Theoretiker der deutschen Solidaristen, in seinem Grundsatztext „Der Aufbau des deutschen Solidarismus (Sozialismus)". Darin heisst es, daß „der auf Lebenszeit gewählte Reichspräsident der eine Machtträger der Staatsgewalt, der zweite der „Große Rat" aus Landtagspräsidenten und Präsidium der Reichsständekammer..und der dritte die Reichsständekammer ist". Da „die Menschen..ungleich in ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Veranlagerung und daher in ihrer Leistung für die Gesamtheit sind, ist die grundsätzliche Abkehr vom pseudodemokratischen Prinzip der Gleichheit die wesentliche Folgerung aus der konservativen Anschauung...Die Herausbildung einer tragenden Elite ist schlechthin die Lebensfrage einer neuen Ordnung..gemäß einem zu prägenden

Idealtyp der deutschen Wesenheit", heisst es bei Strasser weiter. Daraus folgt für die SVB „die faschistische Fabrikgenossenschaft, an der „Werkführer, Belegschaft und Staat" — selbstverständlich unter Ausschluß der freien Gewerkschaften — beteiligt sind, wobei „Leitung, Besitz und Gewinn dann zu je einem Drittel auf Werkführer, Belegschaft und Staat" entfallen. Der Rassismus kommt wieder hervor, wenn sie mit Strasser meinen, „jede Einbeziehung fremder Volksteile vergrössert die Reibungen im Innern, schwächt den Gesamtorganismus, verhindert ihn, seine Eigenart zu entwickeln". Wie Strauß sagen sie klar zur Innenpolitik: „Ein wichtiger Machtfaktor (des Liberalismus) ist das kollektive Schuldgefühl der Deutschen nach 1945 als selbstmörderischer Ersatz für ein normales Staatsbewußtsein und Nationalgefühl."

Laut „SOL" vom 30.5.79 versandte das zentralsekretariat der SVB selbstverständlich auch das Wahlkampfmaterial der „Europa"-Grünen.

F.J. Strauß, mit dem die SVB das Interesse am italienischen Korporativismus teilen, brachte sein „Programm für Europa" zuerst im Stuttgarter Seewald-Verlag im Jahre 1970 und danach, was sehr bemerkenswert ist, unter dem Titel „Un piano per'l europa" bei Giovanni Volpe, Via Mercati 51, I-10197 Roma heraus. Volpe ist führender Exponent der „Movimento Sociale Italiano" (MSI), also ein wichtiger Verleger der legalen neofaschistischen Partei Italiens, der so ziemlich das gesamte Spektrum der westeuropäischen Rechten und Faschisten verlegt, wobei korporativistische Autoren besonders bevorzugt werden.

Herbert Gruhl und die GAZ

Herbert Gruhl avancierte zum Chefideologen der grünen Reaktionäre. Die NPD/JN, die UAP/JBA, die SVB, VSDP, NRAO, die VVK, die „Deutsche Bauernschaft", die Ludendorffer wie auch der WSL schreiben von ihm ab.

Am 28.7.78 meinte die „Nationalzeitung", nur „Gruhl sei in der Lage eine ‚seriöse' Umweltschutzpartei aufzubauen. Wilfried von Oven, ein ultrarechter Schreiber, rezensierte Gruhls Bestseller „Ein Planet wird geplündert" in der gleichen Ausgabe und kommentierte, daß „sich in der ernsthaften Zeitgeschichtsschreibung trotz der noch immer generellen Verurteilung und Verteufelung Hitlers und seiner Weltanschauung die Einsicht durchzusetzen beginnt, daß er es war, der die nach Gruhls und vieler anderer meinung brennend gewordenen Probleme einer naturgerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkannte und anzupackten versuchte." Verständlich, dass der Gruhlzismus die Rechte interessiert. In diesem Buch, von dem bisher über 250.000 verkauft wurden, plädiert H.G. für eine „Raumschiffwirtschaft", deren Vorbereitung „die gleiche Intensität wie die Vorbereitung auf einen großen Krieg erfordere" (S. 290). In dem „Raumschiff Erde" dürfe es „so gut wie keine Freiheit (geben), jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muss sich anpassen" (S.302). Dafür müsse eine „Weltregierung" geschaffen werden, die „mit allen machtmitteln Ausgestattet wäre" (S.298). Wahrscheinlich kennt Gruhl das Demokratie-Dossier der Trilateralen Kommission?! Aber „diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein, als die stalinistische es war (S. 302)", denn die Armen werden »stets dafür eintreten, daß der Mensch gleich viel haben solle (eine Lösung, die noch kein einziges Mal innerhalb auch nur eines

Staates verwirklicht werden konnte und nie werden wird)« (S.300). Gruhls Visionen erinnern an die unseligen Maximen des Dritten Reiches, denn er sagt weiter: »...für die Zukunft werden die Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denen es gelingt, ihren Rüstungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten« (S.233). Das ist nazistische »Volk ohne Raum-Ideologie«. Und dies wie im 3.Reich im Interesse der Rüstungs- und Atomindustrie.
Gruhl und Strauß differieren allenfalls in der Frage des ökonomischen Wachstums. Für den autoritären Staat und den hochmodernen Rüstungapparat sind beide! Das GRÜNE MANIFEST der GAZ deckt sich weitgehend mit dem Ökomanifest der NPD und dem Programm der NRAO. Der Familien- und Erziehungsteil dieses GAZ-Textes stammt von Christa Newes, die für Springers »Welt« schreibt, für »biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« spricht und Preisträgerin der CDU/CSU-nahen »Deutschlandstiftung« ist. Diese Dame tritt natürlich für eine stärkere Differenzierung des Schulwesens, für mehr Autorität in der Erziehung, gegen zuviel Sexualität bei den Jugendlichen und für eine NS-ähnliche Mutterschaftsideologie ein.
Aber auch die CDU erwärmt sich zunehmend für diese Themen.
So schreiben im RCDS-Organ »Sonde 2/79« der Kandidat der »Grünen« Joseph Beuys über »Kunst und Staat« und Robert Scheying über »Alternative Lebensformen«......

Zur Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher

Die AUD warnte noch am 12.6.78 davor, daß »unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die Ziele von F.J.Strauß, Dregger und Filbinger realisiert werden, um an die absolute Macht zu kommen«! So stand es in ihrem Politischen Sonderdienst. Inzwischen bildete die AUD mit der GAZ, Teilen der GLU und anderen Gruppen die »Grünen«. Diese Ungereimtheiten sind zu verstehen, wenn man die Entwicklung der AUD von ihrer nationalkonservativen Basis her berücksichtigt. Ihr ökologisch-sozialistisches Programm deckt sich sehr stark mit dem der NRAO. Ihr Sozialismus hat außenpolitisch das Anliegen die Absage an »imperialistische und wirtschaftskolonialistische« Vorstellungen. Während die AUD ausdrücklich eine »antimilitaristische, aktive Friedenssicherung in der Sicherheitspolitik« betont, setzt die NRAO auf einen »Befreiungsnationalismus«, der sich gegen die Hegemonie der Supermächte und die UN wendet aufgrund des »national= revolutionären Prinzips des Ethnopluralismus«. AUD und NRAO sind innenpolitisch für dezentrale Verwaltung, »Mitbestimmung« aller Betroffenen (wird nicht weiter präzidiert!), in der Planung, »Selbstbestimmung«, Entfaltung der Persönlichkeit, Stärkung der Autonomie und Regulationsfähigkeit kleiner Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten, was auch immer das konkret heißen mag. Ein grünes Programm haben beide. Aber auch die CDU hatte bekanntlich keine Probleme, ihr deutsch-national beeinflußtes sozialistisches Programm aus dem Jahre 1946 zu vergessen und wieder offen Unternehmerinteressen zu vertreten.

FAZIT

Aus diesem Grunde sind die »Grünen« nicht zu unterschätzen. Als Alternative wäre eine kritische Mitarbeit bei den Bunten und Alternativen denkbar, wenn dort der Faschismus aufgearbeitet wird. Immerhin grenzen sich die bunten und alternativen Listen ebenso wie die radikaldemokratische Grüne Liste Hessen, die ihren Namen wohl eher einem Irrtum zu verdanken hat, von dem Rechtsextremismus ab, was die »Grünen« bisher in dieser Form nicht tun. Sie mögen sich von Parteien und parteiähnlichen Gruppen abgrenzen; eine notwendige ideologische Abgrenzung wird ihnen angesichts der dokumentierten Entwicklung nicht gelingen.

Die Art der Abgrenzung trifft nur die marxistische und gewerkschaftliche Linke, soweit es sie noch gibt. Olaf Dinné von der Bremer GL konnte sogar in der TAZ ganz offen für die Unterstützung »von ganz rechts bis ganz links« plädieren.
Man wird in der Zukunft sehr genau hinsehen müssen.

Quellen:

Aller nicht besonders kenntlich gemachten Zitate stammen aus den »Nationalpoplitischen Sturdien«, Pf 700843, 6 Frankfurt 70.

»Neofaschismus - Rechte im Aufwind«, SPV, Berlin79

»Alternativen zum Atomstaat«, Rotation, Berlin 79

»Arbeiterkampf«, Zeitschrift des KB, (sehr materialreich!)

Politischer Sonderdienst vom 21.12.77 VERTRAULICH

Bonner Aufmarsch gegen die Umweltschutzbewegung

In allen drei Bonner Parteien nimmt die Sorge zu, die Umweltschutzbewegung könne in Zukunft eine wichtige, vielleicht sogar eine entscheidende politische Rolle spielen. Willy Brandt hat vor einer „Grünen Partei" gewarnt, der niedersächsische SPD-Vorsitzende v. Oertzen hat Überlegungen angestellt, ob diese Bewegung sich insbesondere gegen die SPD richte. Am heftigsten hat der FDPBundesgeschäftsführer Verheugen sich gegen eine Umweltschutzpartei gewandt; die FDP fürchtet offenbar, durch den Aufstieg der Umweltschutzbewegung könne sie unter die Fünfprozentklausel gedrückt werden.

Am gelassensten beurteilt man noch im Bonner Adenauerhaus der CDU und beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) diese Entwicklung. Dort ist man nach eingehender Analyse zu folgendem Ergebnis gelangt: Man sollte gegenwärtig das Auftreten kurzschlüssiger „Grüner Listen" bei Landtagswahlen vorsichtig begünstigen. Darauf ist vermutlich die erstaunliche Publicity zurückzuführen, die solche Gründungen gegenwärtig bei einem Teil der Presse finden. Die „Grünen Listen" und „Grünen Parteien" könnten nach den bisher von ihnen erreichten kommunalen Wahlergebnissen bestenfalls mit Landesdurchschnitten von 1,5 bis 2,8 Prozent rechnen, wobei sie im allgemeinen die SPD und die FDP mehr schädigten als die CDU/CSU, da die Anhängerschaft der CDU/CSU zur Bejahung von Atomkraftwerken systematisch erzogen worden sei. Bis zu den Bundestagswahlen von 1980 müsse man mit einer Steigerung der Massenarbeitslosigkeit auf 1,9 Millionen rechnen; Strauß setzt diese Zahl sogar noch wesentlich höher an. Dann könne man die „Grünen" und den Umweltschutz systematisch, unterstützt von den Gewerkschaften, für diese Steigerung der Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Das werde dann jede heute sich „grün" nennende Gruppierung zur hoffnungslosen Splittergruppe machen. Danach brauche man auch auf die Bürgerinitiativen, die so in ihrer Schwäche entlarvt werden könnten, keine Rücksicht mehr zu nehmen.

Beim BDI rechnet man damit, daß sich SPD und FDP schon aus Selbsterhaltungsgründen an dieser Strategie gegen den Umweltschutz beteiligen werden. Von den „Grünen Listen" und „Grünen Parteien", deren Gründung und Gegeneinander man begünstigt, erwartet man keine durchdachte Gegenstrategie, da man die Initiatoren dieser Gründungen für kurzschlüssig und naiv, im Zweifelsfalle sogar für steuerbar hält.

Prof. Dr. Ottheim Rammstedt

Rot plus Braun gleich Grün?

Bei den Bremer Wahlen warben Rudi Dutschke und Herbert Gruhl nebeneinander und miteinander für die Grünen; der ehemalige Sprecher der Studentenbewegung und das einstige Mitglied der CDU. Solche Koalition rief im Oktober noch Überraschung hervor.

Anfang November feierten dann die Grünen auf ihrem Bundeskongreß den gerade aus der DDR abgeschobenen marxistischen Theoretiker Rudolf Bahro. Die Grünen applaudierten, als Bahro ihnen vorwarf, sie hätten kein Programm; und die Grünen applaudierten stürmisch, als Bahro eine sozialistisch-emanzipatorische Partei beschwor. Seither sehen die undogmatischen Linken in der Bundesrepublik ihre Stunde gekommen. Neben Dutschke und Bahro haben u.a. der frühere schleswighollsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen, der zwischenzeitlich aus der SPD ausgetreten ist, der Sprecher der linken Betriebsratsfraktion bei Daimler-Benz, Willi Hoss, und sozialistische Intellektuelle wie Claus Offe den Grünen ihre Unterstützung zugesagt. Ihnen scheint das rote Grün unausweichlich. Denn der grünen Bewegung fehle die Theorie. Und diese Theorie könne nur eine sozialistische sein. Denn die ökologischen Ziele seien an sich schon sozialistisch; so die Kontrolle der Technologie, so die Kontrolle der Kapitalinvestitonen und damit des ungeordneten Wachstums, so die Basisdemokratie.

Aber stimmt das? Ist Ökologie links? Lange vor Bahros Kritik warf Helmut Schmitz den Grünen Profillosigkeit vor. Und Schmitz bot den Grünen die Theorie seiner Organisation an - die der NPD. Denn hier sprach der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende, der zugleich Landesvorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz war.

Aber die NPD bot sich den Grünen nicht nur an. Für die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz färbte sie sich grün ein. Die NPD erließ ein „Öko-Manifest", in dem es heißt: „Das Ökologieverständnis der NPD ist humanistisch und antimaterialistisch, wir wollen nicht kapitalistisches und marxistisches quantitatives Wachstumsdenken, nicht Zerstörung der Lebensgrundlagen durch rigorose Ausbeutung von Mensch und Natur, sondern den Einsatz für ein neues, qualitatives Wirtschaftsmotiv, das eine gesunde und naturgerechte Umwelt ermöglicht. Nationalisten treten ein für die Rettung des Planeten Erde." Und das Manifest endet mit: „Die NPD bekennt sich zum Volks- und Lebensschutz, sie ist ökologisch zuverlässig. Vorwärts mit der NPD für ein neues Ökologieverständnis — Es lebe die ökologische Revolution!".

Die NPD in Rheinland-Pfalz bot sich der ökologischen Bewegung als „Grüne Partei" an. Und sie nahm als „Grüne Liste" an der Wahl teil. In Absprache mit den „wichtigsten Vertretern der ökologischen Bewegung", wie die NPD versicherte.

Nun, die „Grüne Liste", alias NPD, kam bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz auf 0,7 Prozent. Ein Mißerfolg. Aber es spricht nichts dafür, daß die NPD ihr Liaison mit den Grünen löst. Denn dies Verhältnis sollte nicht nur der NPD neue Wählerschichten mit einem Täuschungsmanöver zuführen, sondern als „Grüne Partei" will die NPD ein neues Image gewinnen. Befürwortet wird dies von den „Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der NPD. Sie sehen im Wahlergebnis sogar einen Erfolg. Denn es sei der NPD gelungen, wie es im „Mittei-

lungsblatt Junge Stimme" heißt: „Abbau des etablierten Neonazismusvorwurfes, insbesondere im Ökobereich; steigendes Interesse der Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren an der Zielsetzung der NPD; Ansteigen der Stimmergebnisse in den Orten, in denen die NPD ihr „Image" verbesser konnte." An Stelle ewig gestriger Ideen von Alt- und Neo-Nazis trete bei der neuen NPD der „moderne europäische Befreiungsnationalismus, in dessen Programm Ökologie, Demokratie und Antiimperialismus unverzichtbare Bestandteile" seien. So wendet sich diese neue NPD „gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, die unsere Umwelt zerstört"; gegen „die Filzokratie der Wirtschaft mit der Politik"; gegen „die drohende Vernichtung" der Umwelt „durch radioaktive Verseuchung". Und die neue NPD fordert ein neues Umweltbewußtsein, eine neue Ordnung mit Basisdemokratie, Ethnopluralismus und genossenschaftlichen Sozialismus — in einem wiedervereinigten Deutschland.

Nur schwer lassen sich folglich Grenzen ziehen zwischen dieser neuen NPD und Teilen der ökologischen Bewegung. Mühelos konnte die NPD in Rheinland-Pfalz Vertreter der GAZ — der Grünen Aktion Zukunft —, der AUD — der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher —, der Grünen Liste Umweltschutz Hessen mit Vertretern der Grünen Liste Rheinland-Pfalz zu Podiumsdiskussionen gewinnen. Also Vertreter der Organisationen, die beim Bundeskongreß der Grünen das Sagen hatten.

.Die NPD hat gezeigt, daß sie die ökologischen Ziele zu ihren eigenen machen konnte. Also sind diese Ziele doch nicht von sich aus links, wenn sie von Rechten vertreten werden können?

Die NPD hatte diesen Sachverhalt durchschaut. So wenn es heißt: „man muß sich klar darüber sein, daß Unterscheidungen zwischen ‚rechts' und ‚links' bei der grünen Bewegung einfach überholt sind." Und die Linken haben es bis heute nicht kapiert.

Auf dem Bundeskongreß der Grünen wurde Anfang November beschlossen, im Januar eine Grüne Partei für die Bundestagswahl zu gründen. Die Delegierten sollten aus den bis dann bestehenden grünen Kreis- und Landesverbänden entsandt werden.

Demzufolge bilden sich allenorts gegenwärtig grüne Verbände. Ob es überall gelingt, vor Ort die sich links gebenden Bunten und Alternativen zu integrieren, ist unerheblich. Denn die Bunten und Alternativen Listen beharren auf ewinem eigenen Delegationsrecht. Und die Braunen werden unbemerkt dabeisein. Mögen die Bunten und Alternativen Listen mit einer eigenen Partei drohen, wie es die kommunistischen Gruppen propagieren, so werden die Braunen loyale Geburtshelfer einer Grünen Partei sein. Denn sie verstehen sich ja nicht als Rechte, sondern als Progressive. Nicht Wunder darf daher nehmen, daß in dem „Deutschen Beobachter", in der Rudolf Heß als „Mann ohne Makel und Tadel" dargestellt wird, und in der der inzwischen abgeurteilte Erwin Schönborn 10.000,- Mark Belohnung dem verspricht, der eine „Vergasung" in einem deutschen KZ „einwandfrei" nachweisen kann, der von der Polizei gesuchte Neo-Nazi Manfred Roeder eine Laudatio auf Rudi Dutschke hält und den Nazis empfiehlt mit „Dutschke und seinen Freunden Verbindung" aufzunehmen.

Verwirrend. Gibt denn Braun und Rot Grün?

Selbstgefällig reden die Befürworter einer ökologischen Partei von der grünen, oder der bunten oder der alternativen Wahlbewegung. Von einer einheitlichen Bewegung wird ausgegangen, der die passende Ideologie noch fehle, ein linkes oder ein rechtes,

ein rotes oder ein braunes oder das grüne Parteiprogramm. Aber die Bewegung ist *nur* die Wählerschaft der Grünen, Bunten und Alternativen bei den vergangenen Wahlen. Und *sie* ist kein einheitliches. Die Protestwähler werden bleiben, wie sich die Grüne Partei auch geben wird; rot in den Städten und braun auf dem Land. Aber das Gros der Wählerschaft, die Teile, die „neuen Werten" sich verpflichtet fühlen, und die Teile, die politisch-sozialen Einfluß gewinnen wollen, das Gros wird sensibel auf Braun/rot-Verschiebungen reagieren. Die beschworene Wahlbewegung ist nicht die ökologische Bewegung. Daß der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der BBU, Anfang Dezember es noch einmal öffentlich ablehnte, einseitig für die Grünen Partei zu nehmen, sollte den Grünen zu denken geben.

Dokumente:

A. Überparteiliche Publikationen/Bündniszeitschriften u.ä.:

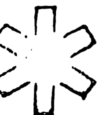
1. Politischer Sonderdienst vom 21.12.77:
„Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zu den Grünen"

2. INTEGRAL — Forum zur geistigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West (wird von der „Vereinigungskirche" der Mun-Sekte vertrieben): Ankündigung des März-Leitartikels Herbert Gruhls „Wachstum in den Untergang" mit Impressum.

3. VOLK UND UMWELT — Mitgestaltungsschrift der „Deutschen Bewegung für Demokratie" und „Sammlungsbewegung Lebensordnung" (rechtsradikale Bündniszeitschrift): Teilnehmerliste der rheinland-pfälzischen Regionalkonferenz des Troisdorfer Umwelttreffens/Wahlempfehlung für die NPD ... 20

4. Veranstaltungsplakat zur Podiumsdiskussion „Die Grünen stellen sich" am 2.3.79 in Koblenz ... 22

5. Leseprobe aus der „Grünen Fahne", dem Zentralorgan der grünen Zelle Koblenz (Nationalrevolutionäre und JN) vom Dez. 78 ... 24



VOLK UND UMWELT

MITGESTALTUNGS - SCHRIFT
DER
D B D
DEUTSCHE BEWEGUNG
FÜR DEMOKRATIE
UND DER
SAMMLUNGSBEWEGUNG
"LEBENSORDNUNG"

EGE DAS ALL!

NR.: 1+2/79

LANDESKOORDINATIONSAUSSCHUSS RHEINLAND - PFALZ

Der am 15. 10. 1978 in Lahnstein gebildete Ausschuß hat bisher folgende personelle Zusammensetzung:

Dr. Max Otto Bruker, Krankenhaus Lahnhöhe, 542 Lahnstein DNB, FSU

Gerd Dittmann, Südstr. 19, 5232 Flammersfeld AUD

Hans Dieckhoff, Im Hopfengarten 5, 5408 Nassau - Bergnassau Neuer Tag

Anna Maria Hauck, Daennerstr. 7, 675 Kaiserslautern ...GA, VVV

Hans Kaegelmann, Dorfstr. 3, 5531 Uxheim-Flesten VVV, GfL, 5%B.

Lothar Müller, Rübenstr. 43, 66 Saarbrücken FSU

Helmut Nestle, 523 Alt - Koberstein, Altenkirchen AUD

Hans Siempelkamp, Feldstr. 5, 5531 Hupperath VVV

Walter Thal, Rheinhöhenweg 55, 542 Lahnstein DBD, VVV

Emmi u. Winfried Tschapke, Auf den Steinen 17, 5239 Wied b. Hachenburg VVV

Solange für das Saarland kein eigener Landeskoordinationsausschuß besteht, konnen Aufgaben für das Saarland mit übernommen werden. Ein Vertreter aus dem Saarland ist im Ausschuß.

Vertreter folgender Organisationen sind im Ausschuß:

AUD - Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher

DBD - Deutsche Bewegung für Demokratie

DNB - Deutscher Naturheilbund

FSU - Freisoziale Union

5%Bl - 5% Block

GfL - Gesellschaft für Lebensordnung

Neuer Tag - Gesellschaft Neuer Tag

VVV - Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung

WGW - Weitumfassender Guter Wille

Ferner waren folgende Organisationen bei der Gründungsversammlung durch Mitglieder aus Rheinland - Pfalz vertreten:

Bürgeraktion Atomschutz Mittelrhein

Grüne Aktion Zukunft

Junge Nationaldemokraten

Ferner waren folgende Organisationen durch Vorstandsmitglieder außerhalb von Rheinland - Pfalz bei der Gründungsversammlung vertreten:

Europäisch-Föderalistische Partei, Deutscher Bundeswehrverband...

Grüne Liste Umweltschutz, Vorsitzende für Deutschland, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen

Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte

Die Gründung des Landeskoordinationsausschusses erfolgte auf Grund des Auftrags des Bundeskoordinationsausschusses. Auf dessen konstituierender Sitzung im Collegium ... in Vlotho hatte Herr Chefarzt Dr. med. Bruker den Auftrag hierzu erhalten.

Hans Kaegelmann

NUR DURCH GEMEINSCHAFTSARBEIT KÖNNEN WIR ÜBERLEBEN! BILDET GEMEINSCHAFTEN!

Zum Geleit im "Neuen Jahre!

Meine lieben Leser!

Wenn ich so am Sylvesterabend zurückschaue, was mir d nun vergangene Jahr gebracht hat, dann muß ich zunäch offen feststellen: Eine ganze Menge Arbeit!

Als am 30.4.78 im Krankenhaus "Lahnhöhe" die Frage be handelt wurde, wie wir in Kontakt bleiben könnten - wir, die knapp 3 Dutzend Menschlein -, da ahnte ich nicht im geringsten, was ich mir mit meinem Vorschlag der Herausgabe eines Kontaktblattes auf den Buckel lu Immerhin kann ich heute auf 8 Monate zurückblicken, i denen ich mich bemühte, diese einmal geknüpfte Verbin dung aufrecht zu erhalten und sie möglichst zu erwei tern.

Ist mir dies nun gelungen?

Von mir aus gesehen, möchte ich feststellen, daß ich in dieser Zeit so manche recht wertvolle Bekanntschaf gemacht habe, wenn ich an Tagungen teilnahm.

Das ursprünglich geschaffene kleine Blatt "Sammlungsbe wegung Lebensordnung" ist in der Zwischenzeit mit der später von mir geschaffenen "Volk und Umwelt" vereini und derzeit auf einen Umfang von ca 48 Seiten gebrach worden. Auch das ursprüngliche Format von DIN A 6 ist in der Zwischenzeit auf DIN A 5 verändert und vergrös sert worden, damit die Schrift nicht zu klein ist und besser lesbar sein soll.

Unser stiller, aber durchaus nicht anspruchsloser, Te haber ist allerdings die Post, die den Löwenanteil un serer Mittel verschlingt! Diese Kosten müssen aber au gebracht werden.

Anläßlich des "Umweltschutztreffens" in Troisdorf kon te Ingenieur Hamburger seinen vorbereiteten Beitrag über "Energie-Alternativen" aus Zeitmangel nicht mehr halten. Kurz vor dem Auseinandergehen sprachen wir da ber und ich schlug Ing. Hamburger vor, seinen Beitra in den von mir herausgegebenen Schriften zu veröffent

Die Grünen stellen sich

Podiumsdiskussion

Dr. med. M.O. Bruker
Vorsitzender der WG Grüne Liste - Rheinland-Pfalz

Gerd Dittmann
Landesvorsitzender der AUD - Rheinland-Pfalz

Lorenz Held
unabhängiger Publizist

Peter Keuer
Landesbeauftragter der Grünen Aktion Zukunft - RLP

Helmut Schmitz
Landesvorsitzender der NPD - Rheinland-Pfalz

Wolfgang Truss
Vorsitzender der Grünen Liste Umweltschutz - Hessen

Diskussionsleitung: Siegfried Bublies (Agrarstudent)

Freitag, 2. März · 20 Uhr

Rot-Weiß-Stuben, Mainzer Str. 90, 54 Ko.

... 1633 5400 Koblenz ... Unkostenbeitrag: 1,- DM

ZENTRALORGAN DER GRÜNEN ZELLE KOBLENZ

GRÜNE FAHNE

November/Dezember 1978 Solidaritätspreis: 0,50 DM

VERHINDERN WIR GEMEINSAM BAU und BETRIEB DES AKW MÜLHEIM/ KÄRLICH



nelle, bringt die Erwärmung der bereits durch chemische Verschmutzung belasteten Flüsse neben den Gefahren der radioaktiven Verseuchung weitere Probleme: Bei 10° Wassertemperaturerhöhung laufen chemische und biochemische Prozesse doppelt so schnell ab.

Krankheitserreger wie Salmonellen, Cholera- und andere Bakterien finden in den aufgeheizten Flüssen günstige Bedingungen zu ihrer Vermehrung. Bakterienvermehrung vermindert den Sauerstoffgehalt des Wassers erheblich, wodurch es zu kaum vorausberechenbaren Verschiebungen der ökologischen Verhältnisse kommt. Dazu kommt, daß sich bei Aufheizung weniger Sauerstoff im Wasser löst, als bei tieferen Temperaturen. Erwärmtes Wasser ist ein gutes Milieu für Blaualgen, die den Stoffkreislauf durch Faulschlammablagerungen belasten und in den Filteranlagen der Wasserwerke Schwierigkeiten bereiten. Außerdem scheiden die Blaualgen hochgiftige Eiweißstoffe ab. In Tierversuchen ist erwiesen, daß 1/1000 Milligramm pro Körpergewicht tödlich wirkt.

Schon beim Normalbetrieb ist eine Emission fester und gasförmiger radioaktiver Substanzen in die Umgebung trotz Einhaltung größter Sicherheitsmaßnahmen nicht zu verhindern. Kalkuliert man jedoch die Möglichkeiten von Unfällen ein, so ist es unverantwortlich, wenn von einer Ungefährlichkeit der Atomkraftwerke gesprochen wird. Selbst unter Annahme einer absoluten technischen Sicherheit, die es natürlich niemals geben kann, bleibt jetzt und in Zukunft die überwiegende Unfallursache bestehen: das Versagen des Menschen. Bei verschiedenen Reaktorunfällen in der letzten Zeit taucht die berechtigte Frage auf, ob der Unfall trotz oder wegen der komplizierten Kontroll- und Schutzvorrichtungen aufgetreten ist.

Daneben sind noch elementare Ereignisse wie Überschwemmungen und Erdbeben zu erwähnen sowie Sabotage und kriegerische Auseinandersetzungen, in denen die Zerstörung von Atomreaktoren zur Ausschaltung der feindlichen Energieversorgung legitimes Ziel wäre.

Einer der hauptsächlichsten Fehler in der Beurteilung der Gefahrenmomente, die durch den Betrieb von Atomkraftwerken entstehen, liegt darin, daß nicht beachtet wird, daß ein einzelner Reaktor nur einen kleinen, für sich nicht existenzfähigen Bereich im Rahmen der Kerntechnik darstellt. Die industrielle Gewinnung von Wärme aus der Kernspaltung ist auf einen umfangreichen Komplex von Betrieben angewiesen. Das spaltbare Material muß im bergmännischen Abbau gewonnen, im Isotopenanreicherungsverfahren konzentriert und zu Brennelementen verarbeitet werden, die ihrerseits nach dem Gebrauch im Atomreaktor in Aufbereitungsanlagen regeneriert werden, und schließlich muß der radioaktive Abfall Jahrtausende abgelagert und bewacht werden.

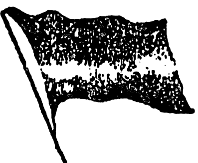
Da die weitaus größere Gefährdung der Bevölkerung durch radioaktive Verseuchung in diesen technischen Vor- und Nachverfahren liegt, ist es bei der Beurteilung der Gefährdung durch ein Atomkraftwerk nicht statthaft, nur den kleinen Sektor des Atomkraftwerks selbst zu berücksichtigen.

Die größte Verseuchung geschieht durch die Aufbereitungsanlagen. So hat allein die Aufbereitungsanlage in West Valley, New York, im letzten Jahr 1 000 000 Curie Krypton 85 in die Atmosphäre abgegeben. So setzt selbst das sauberste Atomkraftwerk über die Aufbereitungsanlage aus den produzierten aktiven Nukliden einen Teil in die Biosphäre frei und leistet wiederum mittelbar einen Beitrag zur globalen radioaktiven Verseuchung.

Zusammenfassend muß von ärztlicher Sicht aus festgestellt werden, daß neben den körperlichen Langzeit- und Spätschäden vor allem ein Anwachsen erblicher Defekte als Folge der radioaktiven Verseuchung der Biosphäre durch die Atomkraftwerke zu erwarten ist. Da sich diese Erbschäden erst in mehreren Generationen sichtbar äußern werden und die Umweltbelastung der Kerntechnik heute noch eine relativ geringe ist, kann man den trügerischen Eindruck einer heilen Situation gewinnen.

Eine unkritische optimistische Fortschrittserwartung ist auf dem Gebiet der Atomkernspaltung ebenso gefährlich wie die Illusion, anzunehmen, daß auch die schlimmsten Umweltprobleme von Wissenschaft und Technik stets rechtzeitig gelöst werden könnten. Die ärztliche und ökologische Betrachtung läßt kein anderes Urteil zu, als die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik als unverantwortlich zu bezeichnen.

Dr. Max Otto Bruker



In eigener Sache:

Die GRÜNE ZELLE Koblenz ist ein Zusammenschluß aktiver ökologisch gesinnter Menschen. Wir kämpfen für ein neues Ökologieverständnis und eine saubere Umwelt. Da dies nur in einer Gemeinschaft geschehen kann, die ihre eigene Identität wiedergefunden hat, treten wir ein für den Ethnopluralismus und einen genossenschaftlichen Sozialismus. Marxismus, Faschismus und Kapitalismus sind daher die natürlichen Gegner unseres Kampfes. Die GZ ist damit die einzige ökologische Gruppe im Raum Koblenz mit einer umfassenden Gesamtaussage zur Ökologie sowie zur sozialen und nationalen Frage.

Wir kämpfen gegen "rechts" und "links" weil wir für die Zukunft kämpfen. Komm zu uns, werde Aktivist der GRÜNEN ZELLE.

Nächste Veranstaltung:
Di, 21.11.1978, 20 Uhr, Binding-Faß, Koblenz, Löhrstr.

Kämpft mit uns für Deutschlands Neuvereinigung

Junge Nationaldemokraten aus Rheinland-Pfalz berichten:

Landesverband:
JN-Kongreß: Für das Recht auf Arbeit, wichtiger Markstein für unsere weitere Arbeit

Der Landesvorstand beschloß Ende Mai/Anfang Juni den diesjährigen JN-Landeskongreß in Verbindung mit der Thematik: Für das Recht auf Arbeit durchzuführen. Zu diesem Kongreß werden auch Liedermachen und unsere Partnerschaftsgruppe der front de la jeunesse eingeladen, ebenfalls unsere keltischen Freunde sowie die MFA, die nationalistische Partei im Elsaß, ferner werden indianische Freunde erwartet.
Die Vertreter der Gewerkschaftsjugendverbände werden aufgefordert, als Beobachter an diesem Kongreß teilzunehmen. Rundfunk und Presse werden voraussichtlich nur zur Schlußveranstaltung zuge lassen werden.
Unabhängige Jugendgruppen, Pfadfinder u.ä. erhalten auf Wunsch Gästekarten. Anmeldung umgehend: JN, PF 1131, 5400 Koblenz

----

Mitgliederwerbeaktion:
Die Zahl der Mitgliederkandidaten und Interessenten konnte in den letzten Monaten erheblich gesteigert werden, vorne liegen:
Mainz, Neustadt, Neuwied, Rhein-Hunsrück ....
die anderen sollten sich noch mehr anstrengen!!!

Anschriften:
Junge Nationaldemokraten, Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 1131
5400 Koblenz

JUNGE STIMME, Postfach 1352
5480 Remagen 1

Centren:
Koblenz: Kurfürstenstr. 58
(freitags ab 17 Uhr)
Neustadt: Werderstr. 1
(freitags ab 17 Uhr)

TERMINE:

Ende Mai/Anfang Juni: JN-Kongreß für das Recht auf Arbeit

17. Juni 1979: Deutschlandtreffen

Aus den Verbänden:

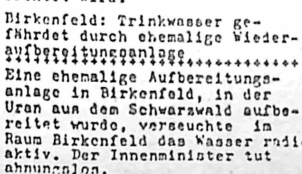
Mainz: Auf einer Kundgebung der JN-Mainz sprach der Weinheimer Stadtrat Günter Lechert zum Thema: Europa JA - Imperialismus NEIN, für ein Europa freier Völker.

Koblenz: Junge Nationaldemokraten von Koblenz und Neuwied nahmen an einer Podiumsdiskussion der Grünen Zelle Koblenz, einer autonomen Gruppe der Nationalrevolutionäre und der Aktion 18. März, teil, die unter dem Motto "Die Grünen stellen sich" stand. Am Podium diskutierten Gert Dittmann (AUD), Helmut Schmitz (NPD), Peter Keuer (GAZ) mit den ca. 75 Anwesenden. Die JN machte deutlich, daß sie sich als Speerspitze innerhalb der ökologischen Bewegung versteht.

JN-Treffen:

Trier: jeden 1. Freitag im Monat Dom-Stuben,
Südliche Weinstraße: jeden 1.u.3. Dienstag im Monat, Billigheim-Ingenheim, Gasthaus: ZUm Pfeiffen
Rhein-Hunsrück: jeden 1. Sonntag im Monat um 19.30 Uhr, Mühlenschenke in Boppard

JN-Liedergruppe:
Alle Leute die meinen sie könnten gut singen, vielleicht auch ein Instrument spielen können und da Bedürfnis haben das nationalistische, sozialkritische und ökologische Lied zu fördern wenden sich bitte umgehend über den JN-Landesverband an den Ak liedermacher.



Nachrichten aus dem ÖKo-Bereich in Rheinland-Pfalz

Zentrale Demonstration der südwestdeutschen AKW-Gegner

In Offenbach demonstrierten ca. 7000 Menschen gegen die geplanten Probebohrungen in Gorleben. Zu der Demonstration aufgerufen hatten etwa 100 Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main Gebiet und dem Raum Rhein-Neckar.

Verfahren eingestellt

Auf Grund der massiven Proteste aus der Bevölkerung hat die Wehrbereichsverwaltung V das Diziplinarverfahren gegen den Bundesvorsitzenden der BBU und Truppenverwaltungsbeamten Schuhmacher eingestellt.

Bevölkerung weiterhin besorgt

In einem Gespräch mit der Jungen Stimme erklärten Bürger von Weitefeld, daß erhebliche Anzeichen jetzt vorlägen, die darauf hindeuten, daß zwischen Weitefeld und Elkerroth/Westerwald eine Atommülldeponie errichtet wird.

Birkenfeld: Trinkwasser gefährdet durch ehemalige Wiederaufbereitungsanlage

Eine ehemalige Aufbereitungsanlage in Birkenfeld, in der Uran aus dem Schwarzwald aufbereitet wurde, verseuchte im Raum Birkenfeld das Wasser radioaktiv. Der Innenminister tut ahnungslos.

Faustrecht und neues Pöstchen

Dr. Georg Klinkhammer Landrat des mit 190000 Einwohnern bevölkerungreichsten Landkreises in Rheinland/Pfalz hat sich den Zorn seiner Mitarbeiter in der Kreisverwaltung zugezogen. Klinkhammer soll in einer wichtigen Entscheidungssache gesagt haben, was Recht oder Unrecht ist, ist mir egal, was Recht ist bestimme ich. Sollte diese Aussage stimmen, so hat sich der RWE-Kommunalverband den idealen Vorsitzenden gewählt, den die Atomindustrie braucht. Denn ein solches gesundes Rechtsempfinden braucht man, um ganz demokratisch die Interessen der Brötchengeber zu vertreten.

Grüne Liste Rheinland/Pfalz gegründet

Kaum wurde die Grüne Liste Rheinland/Pfalz gegründet, da mußte auch schon ihr Vorsitzender Dr. Bruker aus Lahnstein zurücktreten. Grund: Die Landesregierung wollte einen schon zugesagten Kredit von 6 Mill. für die Kurklinik Lahnstein, deren Chefarzt Dr. Bruker ist, streichen, falls Dr. Bruker sich noch länger an exponierter Stelle bei den Grünen betätigt. Typischer Fall von CDU-Atomstaat. Kenner rechnen nun mit erheblichen ideologischen Auseinandersetzungen. Neue Vors. wurde die bekannte AKW-Gegnerin Frau Vowinkel.

Ultrarechte Presse gegen grüne Partei

Der von nationalistischen Kräften stark kritisierte nationalreaktionäre National-Zeitung-Verlag (DWZ,NZ) hat der NPD in diffamierender Art ihr Wahlprogramm vorgeworfen. Die NPD die in R.P. als einzige grüne Partei kandidierte, sollte sich hierfür bedanken. Hitlernostalgie und Nationalismus sind, auch wenn einige es immer noch nicht wahrhaben wollen, wie Feuer und Wasser.

GRÜN IST LEBEN

FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT

Kongreß der Jungen Nationaldemokraten gegen Jugendarbeitslosigkeit und für soziale Gerechtigkeit



Na klar - auf nach Kreuznach zum Kongreß gegen Jugendarbeitslosigkeit

Fast 8000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren sind in Rheinland-Pfalz arbeitslos, ohne Chance, ohne Ausbildung, kurzum abgeschoben.

Es gibt nicht nur zu wenige Ausbildungsplätze sondern auch zu wenig Berufsfachschulplätze, im Übrigen ist in Rheinland-Pfalz sowieso das Berufsschulwesen immer schon Stiefkind der gesamten Schulpolitik gewesn.

Wir JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN wollen nicht einsehen, daß viele junge Menschen heute einfach keine Chance bekommen sollen. Ein JN-Mitglied berichtet, er habe nach seinem Realschulabschluß 35 Bewerbungsschreiben losgelassen und lediglich fünf ablehnende Antwortschreiben erhalten, die anderen antworteten noch nicht einmal.

Die JN Rheinland-Pfalz wird Ende Mai in Bad Kreuznach diesem Ergebnis etablierter Politik eine klare Abfuhr erteilen.

Die JUNGE STIMME fordert alle ihre Leser auf an diesem Kongreß teilzunehmen und damit Solidarität mit den arbeitslosen Jugendlichen zu zeigen.

Anmeldeunterlagen erhaltet ihr ab sofort über die JN-Landesgeschäftsstelle:

Junge Nationaldemokraten
Kongreß: Für das Recht auf Arbeit
Postfach 1171
5400 Koblenz

Nationale Solidarität

[illegible]	5525	4.8	656	11.9	60	9.2
[illegible]	6002	4.4	621	10.4	40	6.4
[illegible]	5280	4.8	684	12.9	52	7.6
[illegible]	4094	4.4	544	13.7	43	7.9
[illegible]	3399	4.6	357	10.5	38	10.6
[illegible]	6939	4.1	685	9.9	57	8.3
[illegible]	2600	2.9	314	11.7	50	15.9
Rheinland-Pfalz	40436	3.8	5890	11.5	458	8.0

JN

diesen Mitarbeitern ein ökonomisches Interesse an der effektivsten Ausnützung und Erweiterung der Produktionsfonds entstehen.

Die in Gruppeneigentum überführten Betriebe, hier ist die Schlüsselindustrie gemeint ebenso die Großbanken, die Großbetriebe insbesondere die Multis ab einer bestimmten Beschäftigungs und Umsatzzahl, die klassische unternehmerische Form der Klein und Mittelbetreibe wird nicht angetastet, werden im Rahmen einer staatlichen Globalplanung frei miteinander konkurrieren. (genossenschaftlicher Sozialismus)!

Während der DRitte Weg jedoch eine Sozialisierung anstrebt, die durch die unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen "ihres" Betriebes gekennzeichnet ist, befürworten zum Beispiel die Jungsozialisten ein Lenkungsmodell, in dem die Verstaatlichung wichtiger sogenannter strukturbestimmender Unternehmen und der Kreditinstitute ein wesentliches Merkmal ist, um eine direkte staatliche Volkswirtschaftsplanung, -lenkung und- kontrolle durchsetzen zu können, anstelle der unmittelbaren demokratischen betrieblichen Demokratie tritt die Mitbestimmung durch Gewerkschaftsvertreter und staatliche Funktionäre, soweit die Gesamtplanung noch freie betriebliche Entscheidungen offenläßt.

Der genossenschaftliche Sozialismus unterscheidet sich also erheblich, von den Vorstellungen der etablierten und marxistischen Kräfte.
Während im Kapitalismus die Interessen der Großindustrie und damit des Profites für die Macht und den Einflußbereich weniger, zum Schaden der Volksgemeinschaft, siehe Umweltschutz Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, nationale Interesse (Ostgeschäft) usw. gesichert würden, wollen wesentliche Teile der orthodoxen "Linken" der Arbeiterschaft einen Vormund verordnen. Wozu dies führt sehen wir in der Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens.

Trotzdem wäre es falsch den Staat und damit die politisch Verantwortlichen von der Gesamtverantwortung zu befreien.

In Fragen der Vertretung nationaler Interessen gegenüber dem Ausland und in Fragen der Ökologie muß dem Staat ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Wir sehen, daß Alternativvorstellungen vorhanden sind, diese müssen diskutiert und weiterentwickelt werden. Die JUNGE STIMME wird in den nächsten Ausgaben weitere Alternativvorstellungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung veröffentlichen.

Ziel dieser Veröffentlichung ist es die Diskussion in und außerhalb der NPD zu fördern bzw. zu intensivieren.

j.k.

BEFREIUNS-NATIONALISMUS

GENOSSENSCHAFTL. SOZIALISMUS

ÖKOLOGIE-VERSTÄNDNIS

Der dritte Weg



PRESSE-DEPESCHE

NPD-GRÜNE LISTE

5400 Koblenz den 7.August 1978
Postfach 1131

Die Würfel sind gefallen. Die Nationaldemokratische Partei nimmt als einzige GRÜNE PARTEI in allen vier rheinland-pfälzischen Wahlkreisen teil.

Nach zahlreichen Vorbesprechungen und Verhandlungen sind die wichtigsten Vertreter der ökologischen Bewegung übereingekommen, die NPD als die GRÜNE PARTEI in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Die NPD stellt im Gegenzug hierfür Listenplätze zur Verfügung, für alle Umwelt- und Lebensschützer.

Der Landesvorstand der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN begrüßt diese Entwicklung und kündigt aktive Unterstützung der GRÜNEN LISTE unter dem Motto:

GRÜN IST LEBEN

an.

Schwerpunktthemen der Jungen Nationaldemokraten innerhalb der gemeinsamen Wahlformation sind:

- sofortiger Baustopp für alle Atomkraftwerke,
- Schluß mit dem umweltfeindlichen Autobahnbau in Rheinland/Pfalz,
- Mehr Freizeitstätten und Bildungsstätten für Jugendliche, insbesondere im ländlichen Bereich,
- Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit, auch für Jugendliche
- Kampf für ein neues Ökologieverständnis; Ökologie vor Ökonomie
- Einsatz für die Neuvereinigung Deutschlands in einem Europa der Völker und Regionen, Vielfalt statt Zentralismus
- Durchsetzung von mehr Demokratie, Schluß mit den Lauschangriffen und der Verteufelung politisch Andersdenkender,
- Vorwärts im Kampf für die ökologische Revolution.

Wir Jungen Nationaldemokraten verstehen uns als nationalistische, aber auch antifaschistische Bewegung, die für eine gesicherte Zukunft sowohl unseres Volkes, als auch der gesamten Menschheit kämpft.

Die rückwärts gewandten Ideen der Etablierten, der Reaktionären - Marxisten, Kapitalisten, Nazisten usw. - sind überflüssig geworden, weil sie uns für die Zukunft nichts vermitteln.

Pressemitteilung des Landesvorstandes der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN in der NPD, Postfach 1131, 5400 Koblenz

Druck: Eigendruck

NATIONALDEMOKRATEN TRETEN EIN FÜR DEN PLANETEN ERDE !

Die Vernichtung des ökologischen* Gleichgewichts hat zur ernsthaften Gefährdung unserer Umwelt und damit der Lebensgrundlagen geführt. Es ist dies das Ergebnis unüberlegter und verantwortungsloser [illegible] welche die Naturgesetze mißachtet.

Die politisch Verantwortlichen haben versagt.

Die etablierten Kartellparteien (CDU, CSU, SPD-FDP) sind die willigen Werkzeuge der [illegible] und Wirtschaftskräfte und vertreten deren Interessen gegen das Volk.

Keine Regierung hat das Recht, die Umwelt, in der wir und unsere Nachbarn leben müssen, zu verderben oder verderben zu lassen.

Alle Gruppen und Organisationen, denen es um den Schutz des Lebens, der [illegible] fordern gemeinsam mit der NPD:

1. Sonnenenergie und Kohleverstromung statt Atomkraftwerke.
2. Die Erforschung von Alternativenergien muß vorrangig betrieben werden.
3. Internationale Absprachen zum Umweltschutz müssen getätigt werden.
4. Harte Strafen für Umweltverschmutzer und Giftmüllverbrecher.
5. Einführung des Pflichtfaches „Ökologie" an allen Schulen.
6. Mitwirkung des Deutschen Jugenddienstes im Umweltschutz.
7. Rückführung gebrauchter Güter in den natürlichen Kreislauf (recycling).
8. Förderung des biologischen Landbaues.
9. Schaffung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, Vorrang dem Gemeinschaftsverkehr, Massenverkehrsgüter auf die Schiene.
10. Schutz der Innenwelt der Menschen vor geistig-seelischer Schädigung.

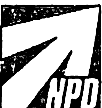
Lebens- und menschengerechte [illegible] Produkt [illegible]

Die NPD orientiert sich an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen [illegible]

Die NPD erkennt die Notwendigkeit [illegible] alles Lebenswichtigen und Lebens[illegible] Voraussetzung des weiteren [illegible] Menschheit insgesamt.

Die NPD - Ihr Partner für Lebens- und Umweltschutz !

* Ökologie [illegible]

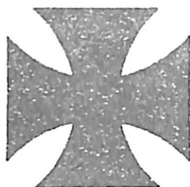


Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD/JN (Junge Nationaldemokraten) und bitte um Zusendung von Informationsmaterial an folgende Anschrift.

Vor- und Zuname . . . . Alter . . . . .

Beruf . . . . Str. . . . . PLZ . . . Ort . . . .

- ◯ JN-Broschüre „Jugend für Deutschland"
- ◯ JN-Schüler- Lehrlingsprogramm
- ◯ JN-Aufnahmeantrag
- ◯ Ökologisches Manifest der NPD
- ◯ NPD-Programm
- ◯ NPD-Profilreihe
- ◯ NPD-Aufnahmeantrag



المراسلات الخضراء

0/1979

GRÜNE KORRESPONDENZ

Hintergründe – Kommentare – Analysen – Presseauszüge
aus der „GRÜNEN BEWEGUNG"

---

regional – national – international

Herausgeber und Mitarbeiter dieser „GRÜNEN KORRESPONDENZ sind konstruktive „GRÜNE" und bejahen folgende Forderungen:

1) Einsatz für Umwelt-, Natur- und Tierschutz!
2) Ökologie vor Ökonomie!
3) Für Nationalen Sozialismus gegen Marxismus!
4) Kampf den Atom-Kernkraft-Werken als Instrumente für den HOLOCAUST!
5) Für den Schutz der Familie gegen den Abtreibungs-Massenmord!
6) Für natürliche Lebensweise gegen Rauschgiftsucht, Pornographie und Unnatur!
7) Für Frieden und Humanität gegen den weltweiten Rüstungswahnsinn!
8) Kampf gegen den Hunger in aller Welt!
9) Für die historische Wahrheit und religiöse Toleranz gegen die Geschichtslügen und antieuropäische Greuelpropaganda mit der Forderung in der Bundesrepublik nach GENERALAMNESTIE!
10) Politische Solidarität mit der islamischen grünen Revolution!

Die Grundthesen der GRÜNEN BEWEGUNG:

Völker- und Rassenhaß sind die Todfeinde des Nationalsozialismus und der internationalen GRÜNEN BEWEGUNG!

Entweder die Welt wird nationalsozialistisch, also g r ü n oder sie versinkt im Chaos – entweder im Chaos des liberalistischen Kapitalismus oder im Chaos des kommunistisch-marxistischen Terrors!

Die GRÜNE KORRESPONDENZ erscheint monatlich im Verlag VOLK UND KOSMOS
Hartmann-Ibach-Straße 55, 6000 Frankfurt am Main 60

Herausgeber und Chefredakteur: Erwin Schönborn

Ständige Mitarbeiter: Rechtsanwalt Eberhard Engelhardt – Nürnberg
Walter Kexel – Frankfurt am Main
Friedrich Lohmann – Hamburg
Ralf Platzdasch – Frankfurt am Main
Dieter Sporleder – Gießen
Husni W. A. – Palästina u. a. Gastmitarbeiter

Bankverbindung:
Raiffeisenbank Frankfurt/Main 56, Zweigstelle Kalbach, Konto Nr. 49 743 (BLZ 500 697 41)

"Atomenergie kann immer nur
der Zerstörung dienen."
Albert Einstein

An Brokdorf scheiden sich die Geister!

Auch wer bisher Atomkraftwerke für ungefährlich oder notwendig hielt
- seit Brokdorf kann sie niemand mehr guten Gewissens bejahen.

Mit dem schlechtesten Gewissen der Welt schlichen sich bei Nacht und Nebel Bautrupps auf das Gelände und errichteten eine Mauer der Bauwarn, wie die Tyrannen der Sowjetischen Besatzungszone am 13. August 1961:

Stacheldraht, Betonplatten, Wassergräben, Unterkünfte für Volkspolizei (unsere Polizei ist jetzt genau dasselbe!), Hundezwinger, Beobachtungsposten, Befehlsstellen.

<u>Das ist Kriegszustand!!!</u>

Und der Beweis, wie ernst man es meinte, wurde sofort geliefert:

Mit Wasserwerfern, Tränengas, chemischen Kampfmitteln, Hubschraubern und Schlagstöcken wurden 30.000 friedliche Demonstranten von einer skrupellosen Polizei zusammengeknüppelt. Es gab <u>200</u> z. T. schwer <u>Verletzte</u>.

Seit diesem blutigen 13. November 1976 gibt es <u>außer der kommunistischen</u> auch eine <u>kapitalistische Besatzungszone</u> Deutschlands, in der das Volk mit der gleichen Brutalität unterdrückt wird: <u>KBZ</u> und KAZ unter der gleichen Flagge schwarz-rot-gold! Kapitalismus und Kommunismus entpuppen sich als zwei Seiten derselben Unterdrückungsmaschine.

<u>Die CDU war in Brokdorf die beste SPD</u>, die es je gab. Der Kapitalist Stoltenberg setzte das Atomprogramm des Sozialisten Matthöfer durch und ließ für die Knüppelaktion noch Polizeihundertschaften aus dem sozialistischen Hessen als Verstärkung kommen, so wie früher korrupte Fürsten hessische Truppen nach Amerika verkauft haben.

<u>Seit Brokdorf geht es nicht mehr um Energiefragen</u> -
es geht um die nackte Gewalt!
Uran gibt es nur für 30 Jahre. Atomkraftwerke können daher nie eine Energielücke schließen, die es sowieso nie gegeben hat. Der Energieverbrauch ist sogar rückläufig.

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um Umweltschutz</u> -
für den lächerlichen Gewinn an Energie, der durch den Bau des Kraftwerks fast verschlungen wird, belasten wir uns und alle kommenden Generationen auf Hunderttausende von Jahren mit hochradioaktivem Müll, der alle vorstellbaren Kosten übersteigt und nie mehr zu beseitigen ist.

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um Arbeitsplätze</u> -
Für Atomwerke braucht man einige hundert Spezialisten, während man im Kohlebergbau 200.000 Beschäftigte arbeitslos gemacht hat! Im Übrigen bedeutet jedes Mehr an Energie <u>weniger</u> Arbeitsplätze! Denn jede Energie ersetzt Menschenkraft. Schon <u>jetzt</u> verbraucht Westdeutschland mit seinen 60 Millionen Einwohnern rund 5 % der gesamten Energie der Erde. Die USA mit 5 % der Weltbevölkerung verbrauchen 25 % der gesamten Energie, ein Umstand, der jede Entwicklungshilfe zur Heuchelei macht.

Vollbeschäftigung erreicht man nicht durch mehr Industrialisierung, sondern nur durch ein ausgewogenes Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft von Maschinen- und Handarbeit. Wir sind bereits überindustrialisiert und haben damit Dauerarbeitslose wie die USA!

Seit Brokdorf ist <u>kein Polizist mehr ein gutgläubiger Hüter von Recht und Ordnung</u> -

Jeder Polizist dient der kapitalistisch-sozialistischen Besatzungsmacht, die nur ihre Profite verteidigt und das Volk rücksichtslos zusammenschlagen läßt.
Kein Polizist in Brokdorf konnte ehrlich glauben, daß er 30.000 Volksfeinde vor sich hatte.

Seit Brokdorf weiß jeder, daß die <u>Unterdrückungsmethoden in Ost und West die gleichen</u> sind.

Die Illusion eines sogenannten "freien" Westens ist geplatzt!
Rechtsstaat und Grundrechte sind ein Fetzen Papier!

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um den Schutz vor Radikalen</u> -

die radikalsten Rechtsbrecher und -verächter sind die kapitalistischen Großkonzerne, denen unsere Politiker dienen. Dagegen sind 1000 Mann mit Bolzenschneidern und Latten harmlose Anfänger, die im Übrigen nur das versucht haben, was die Mehrheit des Volkes will: den Bau von Atomwerken verhindern. Nicht 1000 Radikale bedrohen unsere Grundrechte und unsere Gesundheit, sondern die herrschende Bonner Gesellschaft, die einstimmig das Atomgesetz verabschiedet und sich selbst ein Ermächtigungsgesetz ausgestellt hat und die ihre Vorrechte und Diäten mit einem immer größeren und brutaleren Polizeiapparat verteidigt.

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um ein kleineres Übel</u> -

alle Parteien sind sich einig und arbeiten an unserem Untergang.

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um die Erhaltung der sogenannten 'freiheitlich demokratischen Grundordnung'</u>, die uns systematisch zugrunde richtet, sondern ums nackte Überleben!

Seit Brokdorf geht es <u>nicht mehr um die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken</u>, die steht längst über jeden Zweifel fest! -

es geht um die viel größere Gefahr, daß Atomwerke nur noch gegen den erklärten Willen des Volkes unter einer Polizei- und Willkürherrschaft gebaut werden können.

<u>Atomwerke sind moderne Zwingburgen</u>, um das Land auszubeuten und zu verderben.

Die Weimarer Republik überlebte ihren Schwarzen Freitag, bei dem man das einfache Volk durch einen gemeinen Börsenschwindel ausraubte, nur um drei Jahre.

Der 13. November 1976 ist <u>der Schwarze Samstag der Bundesrepublik</u>.
Wie lange wird sie den Verrat am Bürger überleben?

<u>Wir fordern:</u>

1. Niemand darf über Atomkraftwerke entscheiden, der daran verdient!
2. Jeder, der eine radioaktive Anlage bejaht, muß dort wohnen!

Damit wird jede Diskussion überflüssig !!!

Deutsche Bürgerinitiative e.V. 3579 Schwarzenborn/Knüll
Gegen Profitgier und Willkür, für Ehrfurcht vor Natur und Volkstum!

DEUTSCHE BAUERNSCHAFT: Thies Christophersen

Begriffe klären: Volksgemeinschaft und Volksschöpfung

Vorbemerkung:

Der bekannte Arzt und Dichter Carl Ludwig Schleich (Verfasser von "Besonnte Vergangenheit") sagte einmal:

"Wenn wir uns eine Stunde über ein wichtiges und interessantes Thema unterhalten wollen, müssen wir uns zuvor vier Stunden lang über die Begriffe einigen, die wir dabei verwenden, sonst reden wir aneinander vorbei."

In gleichem Sinne gab der chinesische Weise Konfuzius (551-479) auf die Frage, was bei Neuordnung in unheilvollen Zuständen zuerst zu tun sei, die Antwort: die Richtigstellung der Worte.

"Sind die Worte (Bezeichnungen, Begriffe) nicht richtig, so sind die Urteile nicht klar, dann gedeihen die Werke nicht. Darum wählt der Edle seine Worte, daß sie ohne Zweifel angewandt werden können. Der Edle duldet in seiner Rede nichts Ungenaues."

Die Tatsache, daß die Begriffe Volksgemeinschaft und Volksschöpfung bei einer Auseinandersetzung von der einen Seite als gegensätzlich, von der anderen als miteinander identisch empfunden wurden, sollte uns Anlaß zu einer Begriffsklärung sein. Dabei werden wir erkennen, daß beide Ansichten unrichtig sind.

Volksgemeinschaft:

Der Begriff Volksgemeinschaft, im Programm der NSDAP (25 Punkte) 1920 noch nicht erwähnt, in Alfred Rosenbergs "Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP" (1923) als Bluts-, Volks- und Schicksalsgemeinschaft gefordert, wurde im Dritten Reich zum Zentralbegriff aller Politik.

Das Wesen der Volksgemeinschaft ist am leichtesten aus den durch sie überwundenen Gegensatzbegriffen zu erkennen. Das Gegenteil der Volksgemeinschaft war (und ist heute wieder) die Auflösung des Volkes in sich bekämpfende Parteien und Klassen.

Ein Volk lebt in einer Volksgemeinschaft, wenn es erkannt hat, daß das ganze Volk eine Volksgemeinschaft bildet, daß alle Volksgenossen in einem Boot sitzen und deshalb auch an einem Strang ziehen müssen. Der begriffliche Gegensatz ist: Volksgemeinschaft – Klassenkampf. An der Stelle von Klassenkampf kann

auch Parteienkampf aus den verschiedensten Motiven stehen.

Volksgemeinschaft ist demnach die Zusammenfassung der Volkskraft als Voraussetzung der Machtgestaltung zum Nutzen des Volkes, Überwindung aller Spaltungen und Bekämpfung aller Spaltungsmöglichkeiten.

Volksschöpfung:

Um den Begriff Volksschöpfung zu erfassen, ist es notwendig, zu wissen, was ein Volk ist.

Johann Gottlob Fichte erklärt ein Volk als "das Ganze der in Gesellschaft miteinander und sich aus sich selbst immerfort natürlich und geistig erzeugender Menschen, das insgesamt unter einem gewissen, besonderen Gesetze der Entwicklung des Göttlichen aus ihm steht."

Adolf Helbok (Verfasser von "Deutsche Volksgeschichte") schreibt: "Volk ist eine organische Gemeinschaft durch das Blut und die Sprache verbundener Menschen, die an einen bestimmten Boden gebunden ist, so daß zwischen ihm und ihm ständige Wechselbeziehungen bestehen, die in einer großen Herkunfts- und Gemeinschaftsidee gipfeln."

Falk Ruttke in "Rasse, Recht und Volk" 1937:

"Volk ist die sich selbst bewußte Zusammenfassung blutsverbundener Familien, von denen die einzelnen Volksgenossen zwar Rassengemische von einander nahestehenden Rassen darstellen, während ihre Gesamtheit, das Volk, sich durch eine alle einzelnen Volksgenossen miteinander verbindende Rasse eine eigene Gesittung und insbesondere eine eigene Sprache geschaffen hat."

Nach Eugen Fischer (Mitverfasser von "Baur-Fischer-Lenz: "Menschliche Erblichkeiten", ist Volk eine in gemeinsamer Fortpflanzung lebende Gruppe von Menschen, die gemeinsames Kulturgut besitzt: Sprache, Sitte, Brauch und Recht, Glaube, Kunst und alle materiellen Kulturerzeugnisse, Geschichte und Überlieferungsinhalt.

Von Erich Ludendorff stammt die geniale Vereinfachung:

"Das Volk ist eine Einheit von Rasseerbgut, Weltanschauung, Kultur, Recht und Wirtschaft."

Diese Kennzeichnung des Volkes ist aber eine ideale, die die tatsächlich vorhandene Wirklichkeit nicht trifft.

Wir suchen Bücher aus der Vorkriegszeit Eventuell aus Nachlaß.

Die "pluralistische Gesellschaft"

Was wir vorfinden, ist eine Masse von abgestumpften allein dem Nützlichkeitsdenken verfallenen Menschen, deren Einheitlichkeit nur noch in der gemeinsamen Sprache und im rassischen Erscheinungsbild kenntlich ist. Die dauernde Berieselung mit Gedankengut der verschiedensten dem seelischen Erbgut nicht entsprechenden Weltanschauungen läßt weder im Einzelnen noch in der Gesamtheit eine seelische Harmonie aufkommen. Die Menschen verfallen daher widerstandslos den teils materialistischen teils abergläubischen Irrlehren und werden dadurch aufgesplittert in Gruppen, die sich gegenseitig nicht verstehen. Das Volksbewußtsein geht verloren. Ja, durch die Einschleusung fremder Volkselemente ("Gastarbeiter") wird sogar die Einheit des Rasseerbgutes, die letzte und dazu unabdingbare Voraussetzung einer völkischen Wiedergeburt gefährdet.

Volksschöpfung: ein Ziel

Aus diesen entwurzelten Menschenmassen der "pluralistischen Gesellschaft" wieder ein Volk zu bilden, ist also ein Ziel, das erst noch erreicht werden muß.

Das Volk muß sich seines Ursprungs, seiner Kultur bewußt werden, die nicht arteigenen Mißgestaltungen abschütteln und sein Leben seinem eigenen, jetzt verschütteten Erbgut gemäß aus einem Zentrum, nach den eigenen Höchstwerten gestalten. Hat ein Volk dann zur Einheit von biologischem Erbgut und Kultur zurückgefunden, ist die Volksschöpfung erfolgt.

Die vollkommene Volksgemeinschaft

Volksgemeinschaft und Volksschöpfung liegen also auf verschiedenen Ebenen. Volksgemeinschaft ist ein Begriff der Organisation, Volksschöpfung ist ein Begriff des Wesenhaften, der Kultur. Sie bedingen sich gegenseitig: Eine vollkommene Volksgemeinschaft ist erst dann möglich, wenn eine Volksschöpfung stattgefunden hat. Nur eine vollkommene Volksgemeinschaft sichert den Bestand des Volkes, als des Trägers der Kultur.

Nordische Zukunft

5. Jg. Nr. 3/79

31

Leitgedanken eines "Biologischen Sozialismus"

Eine zusammengefaßte, auf einen gleichen Nenner ausgerichtete Auslese könnte eine schicksalhafte entscheidende Kraft im Leben unseres Volkes sein. Hat nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Wahlen die nationale Idee allein noch die zwingende Kraft zum Zusammenstehen? Solch umfassender Grundgedanke kann in unserem "Jahrhundert der Biologie" allein die "Biopolitik" und die "Naturpolitik" sein, ein lebensrichtiger Sozialismus.

Fragen der körperlichen, der geistig-seelischen und erblichen Gesundheit sowie Fragen der Staatsordnung eines gesunden, gedeihlichen Volkslebens sind natur- und biopolitischen Inhalts. Es sind sowohl Fragen eines neuen Ethos aus Naturerkenntnis, aus den ewigen, ehernen Gesetzen der Natur, die ihrer nicht spotten läßt, als auch zugleich Aufgaben einer durchorganisierten, politischen Willensbildung und Verwirklichung.

Richtlinien einer Natur- und Biopolitik

1.) Sie regelt Umwelt- und Lebensschutz, echte Gesundheitsvorsorge und Erbpflege.

2.) Sie steht ein für die einzige Möglichkeit wirklicher Freiheit, nämlich die Freiheit der naturgemäßen, ererbten Eigengesetzlichkeit und der volklichen Selbstbestimmung.

3.) Sie sorgt dafür, daß die Währung wirklich Gewähr bietet für den Wert von Leistung und Erzeugung.

4.) Mit dem Grund und Boden, der Heimstatt und der Währung darf nicht als Handelsware von Spekulanten Mißbrauch getrieben werden. Ein gesunder Bauernstand muß als Fundament jedes Volkes erhalten bleiben.

5.) Der Hand- und Geistesarbeiter darf nicht um seine Ersparnisse und der Rentner um seine verdiente Rente betrogen werden.

6.) Die Natur- und Biopolitik umfaßt die Erhaltung und Geltung der sittlichen Werte, die in der natürlichen, stammengeschichtlichen Entwicklung des Lebens in langen Zeiträumen durch Überwindung aller Nöte des Heimatraumes sich als die erhaltenden Werte des Gemeinschaftslebens unserer wurzelständigen, pflegsamen Art erwiesen haben.

7.) so trifft die Naturpolitik all ihre Entscheidungen vom Organischen, von der gewachsenen Ganzheit her.

8.) In der Gesetzgebung muß, solange die Anthropologie noch nicht zur schulischen Allgemeinbildung gehört, jeder Beschluß erst durch eine Körperschaft von unabhängigen Biologen auf seine Wirkung auf die Gesundung des Volkslebens und des Lebens überhaupt geprüft und begutachtet werden.

Unter diesen Leitgedanken könnten wir mit starkem Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft geborenen Menschen, eine Form kämpferischer Gemeinschaft finden. Eine andere Alternative zu dem schrecklichen Versagen unserer Zeit als solch "biologischen Sozialismus", d.h. lebensgesetzliche Gemeinschaftsordnung, gibt es nicht. Vertrauen wir auf die wirkende Macht des seit der Jahrhundertwende aufkommenden und wissenschaftlich immer stärker fundierten biologischen Weltbildes. Es ergreift trotz Gegenwehr der Mächte des dogmatischen "Mittelalters" und der bindungslosen "Aufklärung", die ihre überholten Weltbilder der Glücksverheißungen zu restaurieren und ihre Machtpositionen zu erhalten suchen, immer tiefer die Gemüter aller Kulturvölker. Das politische Geschehen ist vordergründig; im Hintergrund kämpfen Weltbilder miteinander.

Drum alle Klarsehenden an einen Tisch, die der Lebensnöte der politischen Lüge und Abhängigkeit, der Mißachtung und Zerstörung aller Lebensgrundlagen Herr werden wollen, so wie unsere Ahnen, deren Erbwelten in uns leben und wirken, alle Nöte bestanden haben, um die Zukunft des Lebens zu sichern!

"Das Leben ist ein Erfolg der Not" (Kolbenheyer), nämlich der steten Bewährung. Biologen warnen, es ständen uns noch 10 bis 15 Jahre zur Verfügung bis zur Schwelle der Unumkehrbarkeit des Verkommens.

"Darum alle in die Pront des Lebens!"

Wilhelm Weis, Westerwanna

Ehrenvorsitzender der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
Genetische Abteilung im WSL.

Solidaristische Volksbewegung

POSTFACH 60 11 40 2000 HAMBURG 60

Der Bundesvorsitzende

Hamburg, den 1.11.1979

Achtung! (langfristig) braune Unterwanderung der GRÜNEN geplant?

Lieber

Mit diesem Schreiben möchte ich mich direkt an alle Mitglieder und Freunde der SVB wenden. Der Grund für diese Zeilen ist die sich abzeichnende neue Situation der Solidaristen innerhalb und außerhalb der Grünen Bewegung. Für diese Situation benötigen wir eine gemeinsame Einstellung, um die Gefahren meistern und die Chancen nutzen zu können.

Rückblickend waren wir 1978 gezwungen in die sich politisch formierende Grüne Bewegung einzutreten, um in dieser neuen außerparlamentarischen Opposition unseren Beitrag leisten zu können. Dieser Schritt war deshalb geboten, weil wir Solidaristen im Sinne eines Dritten Weges jenseits von rechts und links, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus in unseren Neuordnungsideen von der ökologisch-biologischen Bedrohung des Menschen und seiner Umwelt ausgehen, die ihre Wurzel in der materialistischen Geisteshaltung herrschender Ideologien hat. Wir Solidaristen sind originäre Grüne!

Während wir anfangs wie ein "verlorener Haufen" innerhalb der GLU uns gegenüber den verleumderischen Angriffen der Roten Mafia des KB behaupten mußten, ist inzwischen unser Bekanntheitsgrad soweit gediehen, daß die Kräfte des Dritten Weges innerhalb der Grünen Bewegung uns als Mitstreiter weitgehend erkennen und anerkennen. Der KB hatte das Pech im Verlauf seiner Salamitaktik ausgerechnet uns Solidaristen als erste Scheibe zu wählen, um die Kräfte des Dritten Weges auseinander zu dividieren. Es war unser Glück, daß wir dem "Messer" der verleumderischen Hetze standhielten und nicht in bürgerlicher Manier uns "vornehm" zurückgezogen haben. Das war letztlich nicht nur ein Erfolg für uns Solidaristen sondern auch eine wichtige Erfahrung für den Zusammenhalt aller originären Grünen Kräfte gegenüber linken- wie auch rechten Spaltungstendenzen. Natürlich müssen wir uns in unserem Bemühen um ein Bündnis mit diesen Kräften weiterhin vor jenen "trojanischen Pferden" der Linken hüten, die mit der Phrase "Einheit der Vielfalt" letztlich Steigbügelhalter für antiökologische Systemveränderer sind. Allein das ernsthafte Bemühen um ein Bündnis der Grünen Kräfte wird z.B. innerhalb der Partei "Die Grünen" ein politischer Kraftakt sein, der durch ein übergelagertes zweites Bündnis mit alternativen- und bunten Gruppen des linken Spektrums der außerparlamentarischen Opposition nicht mehr zustande kommt! Das heißt, bevor die Grünen sich als politische Union formiert haben, sind sie bereits das Strandgut des linken Bündnisses, welches in seiner geistigen und politischen

Bankverbindungen ... 6740 Bad Neustadt Saale · BLZ ...
SVB ...

Struktur leistungsfähiger ist. Dieses linke Bündnis erhält dann mit dem Grünen Strandgut gleichzeitig das Markenzeichen "Grün", um in den Wahlen als "Wolf im Schafspelz" auftreten zu können. Die Bremer Wahl hat ihnen ja gezeigt, wer bei den bundesdeutschen Wählern allein Chancen besitzt.

Was ist nun zu tun? Nach meiner Beurteilung der Lage ist jetzt dringend erforderlich mit den politisch reifer gewordenen Grünen ein primäres Bündnis zu formieren, das im Sinne des Dritten Weges auch die programmatischen Inhalte

- ökologisch
- sozial
- basisdemokratisch und
- gewaltfrei

formuliert, um eine klare Abgrenzung gegenüber linken wie rechten Interpretationen zu schaffen! In dieser Arbeitsgemeinschaft der "Grünen des Dritten Weges" müssen wir Solidaristen fortan als solche mitarbeiten. Das heißt, wir sind innerhalb der Partei - Die Grünen - und der von uns mit den anderen Gruppen des "Dritten Weges" getragenen Arbeitsgemeinschaft nicht mehr SVB-Mitglieder sondern Angehörige des "Bundes deutscher Solidaristen". In dieser Arbeitsgemeinschaft sollten wir möglichst keine Führungspositionen einnehmen wollen. Wir wären schlecht beraten, wenn uns unser Wille zur Mitarbeit und Verteidigung der grünen Idee als Machtanspruch ausgelegt werden könnte. Wir sind in dieser Aufbauphase hauptsächlich dazu da, bei Gefahr im Verzuge einzuspringen, um die Fehler politisch unerfahrener Grüner zu korrigieren. Hieraus ergibt sich automatisch ein Klima der Solidarität und des Vertrauens, was wir für die Formulierung der Grünen Idee in allen Bereichen dringend benötigen! Hier liegt unsere eigentliche Hauptaufgabe, die nur in der Auseinandersetzung mit linken wie rechten Fehlinterpretationen sich verwirklichen läßt.

Was sind die Bedingungen für den Erfolg dieses Kurses?

!! 1. Unser Organisationsname "Solidaristische Volksbewegung" ist im Hinblick auf unser Rollenspiel irreführend. Dieses ist bereits im Juni dieses Jahres diskutiert worden. Einige Mitglieder sind der Aufforderung unseres 2. Vorsitzenden Klaus-Dieter Ludwig nachgekommen, und haben auch im Hinblick auf die französischen-, russischen- und schweizerischen Solidaristen neue Namensvorschläge gemacht.

Es wurden vorgeschlagen:

1. Solidaristischer Bund SB
2. Bund deutscher Solidaristen BDS

Ich bitte dringend darum, daß die restlichen Mitglieder schnellstens hierzu ihre Meinung schriftlich mir mitteilen. Wir müssen etwa ab 1980 dieses Problem gelöst haben.

2. Um die Arbeit innerhalb der Grünen Bewegung in allen Bundesländern personell bewältigen zu können, ist es unbedingt notwendig, unsere Organisation mitgliederstark zu machen! Eine weitere Möglichkeit der Verbreitung unserer Organisationsbasis liegt in der Kooperation mit jenen Kräften innerhalb unserer Schwesterorganisation "Sache des Volkes" die mit uns zukünftig zusammenarbeiten wollen. Deshalb müssen wir diese Möglichkeit auf dem Treffen des Zentralrats "SdV" am 24./25. November prüfen.

3. Unser wichtigstes Instrument für den politischen und geistigen Formierungsprozeß der "Grünen Mitte" sind "SOL" und die "SVB-Nachrichten". "SOL" hat inzwischen einen Stellenwert erlangt, den wir gar nicht genug positiv bewerten können. Die Mitarbeit an SOL und seine Verbreitung ist die wichtige Aufgabe eines jeden Mitgliedes, die zukünftig ernster genommen werden muß! Ich bitte darum, daß jeder von uns über den Rahmen des Regelversandes unseres Zentralsekretariat hinaus für seinen regionalen Bereich eine Zielverteilung systematisch aufbaut und die entsprechende Menge von SOL beim ZS anfordert! Verteilungsziele sind Hochschulen, Fachhochschulen, Oberschulen und andere Institutionen aber auch Vereine, die dem Umweltschutzgedanken nahestehen! Zum Beispiel könnten unsere Mitglieder im Raum Lüneburg die dortige PH sich als Objekt wählen. Gerade wenn derartige Schulen links unterwandert sind, nützt uns das entsprechende Gegenteil enorm. Ich bitte dringend darum, daß jeder mir seine Vorstellungen von der Zielverteilung schriftlich mitteilt, damit wir uns im Bundesvorstand ein Bild von den Agitationsmöglichkeiten machen können.

4. Abschließend möchte ich daran erinnern, daß wir 1980 unseren ersten Internationalen Solidaristen-Kongreß in Südtirol abhalten werden. Ich vertrete die Auffassung, daß dieser Kongreß mit unserem nationalen Solidaristentreffen gekoppelt werden sollte, damit keine Überbelastungen auftreten. Es bietet sich hierfür die Woche um den 17. Juni an. Bitte auch hier mir schnellstens Vorschläge mitteilen.

In Verbundenheit

1. Vorsitzender SVB
Lothar Penz

32

Die Fronten brechen auf

von Horst J. Ackermann

Viele politischen Gegebenheiten sind das Ergebnis von Berührungsängsten politischer Gruppierungen und Einzelpersonen. Die Geschichte wäre anders verlaufen, hätten verschiedenartige politische Bestrebungen nach Gemeinsamkeiten gesucht, anstatt scheinbare oder tatsächliche Gegensätzlichkeiten zu pflegen. Das heißt nicht, eigene Grundpositionen zu verlassen um imaginäre Gemeinsamkeiten zu erzwingen. Ein solches Verhalten wäre Opportunismus und dienst langfristig nicht der Konvergenz diverser Positionen. Nötig allerdings ist es, die eigenen Positionen, auch die grundsätzlichen, permanent selbstkritisch zu überprüfen.

Von den westdeutschen, kommunistischen Gruppierungen hat als erste die „maoistische" KPD begonnen, sukzessiv zu einer gemeinsamen Basis mit den Nationalrevolutionären zu kommen. Umgekehrt haben die Nationalrevolutionäre, von denen nicht wenige aus reaktionären Gruppierungen kommen, ihren plumpen, undifferenzierten Antikommunismus überwunden und suchen mit undogmatischen Kommunisten nach gemeinsamen Lösungen, um die staats- und privatkapitalistischen Systeme in Ost und West zu überwinden. Beide kämpfen für ein vereinigtes souveränes sozialistisches Deutschland.

Es wär töricht, behaupten zu wollen, zwischen undogmatischen Kommunisten und Nationalrevolutionären Sozialisten gäbe es keine ideologischen und programmatischen Differenzen. Eine noch viel gefährlichere und unverantwortliche Torheit aber wäre es, solche Differenzen zum Anlaß zu nehmen, um einer Redintegration überholter Fronten das Wort zu reden. Eine heterogene Aktionseinheit mit homogenen Grundpositionen von Kommunisten, Nationalrevolutionären, Grünen und anderen Nonkonformisten ist notwendig, um den Herrschenden und ihren Hilfstruppen wirksam entgegentreten zu können.

Berührungsängste sind da, um überwunden zu werden. Diese, ansich simple Erkenntnis beginnt sich bei immer mehr Nonkonformisten durchzusetzen. Die Widerspruche zwischen Herrschenden und Nonkonformisten sind ganzheitlich antagonistisch; die Widersprüche zwischen undogmatischen Kommunisten und Nationalrevolutionären Sozialisten sind punktuell. Revolutionäre Realpolitik erfordert militante Flexion. Utopische Wachträume sollten getrost den „linken und rechten" Reaktionären überlssen werden, die im Abfalleimer der Geschichte nach Bausteinen für das Morgen suchen.

Mitte/Ende der 60er Jahre trat in westdeutschland und Westeuropa die sog. „Neue Linke" an die Offentlichkeit. Diese „Linke" unterschied und unterscheidet sich von der orthodoxen klassischen Linken durch ihr Infragestellen, ja durch die Negierung des Anspruchs der Sowjetunion als internationales Zentrum der Arbeiterbewegung. Für die „Neue Linke" ist die UdSSR eine imperialistische Supermacht, die die Traditionen marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses mit Füßen tritt.

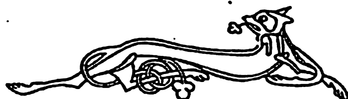
Analog zur „Neuen Linken" manifestierte sich ebenfalls Mitte/Ende der 60er Jahre eine „Neue Rechte", die von den Massenmedien jedoch weitgehend totgeschwiegen wurde. Die „Neue Rechte" entstand als Konsequenz unzufriedener Funktionäre und Aktivisten der „Alten Rechten", die erkannt hatten, daß die reaktionäre, bürgerliche Programmatik dieser Kreise und insbesonders das Ausklammern der sozialen Frage die bestehenden Verhältnisse nicht zu lösen vermochte.

Innerhalb der „Neuen Rechten" bildeten sich zwei Flügel, ein nationalrevolutionärer (aus ihm entstand zum Teil die SACHE DES VOLKES, welche sich aber heute nicht mehr als „Neue Rechte" fühlt - Anm. Red.) und ein solidaristischer (der sich den Namen „solidaristische Volksbewegung" gab). Beide, Nationalrevolutionäre und Solidaristen, berufen sich auf die Nationalrevolutionäre der Weimarer Zeit (z.B. Ernst Niekisch und Ernst Jünger) und teilweise auf den linken, sozialrevolutionären Flügel der damaligen NSDAP (z.B. Otto und Gregor Strasser).

Die National- und Sozialrevolutionäre der Weimarer Zeit gehörten zu den engagiertesten Warnern vor dem drohenden Hitlerfaschismus (z.B. Ernst Niekisch. Hitler ein deutsches Verhängnis, oder Otto Strasser: Ministersessel oder Revolution?). Die damalige KPD dagegen unterschätzte den aufkommenden Hitlerismus und sah in der Sozialdemokratie ihren Hauptfeind. Hätten die Kommunisten der Weimarer Zeit den erbitterten Kampf der National- und Sozialrevolutionäre gegen den Hitler-Faschismus unterstützt, hätte eine Machtergreifung Hitlers verhindert werden können.

Heute haben undogmatische Kommunisten und Nationalrevolutionäre Sozialisten begonnen, aus den Fehlern der Weimarer Zeit zu lernen. War Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine Verständigung zwischen beiden noch so gut wie unmoglich, so scheinen diese Berührungsängste heute bereits teilweise überwunden. Nationalisten haben erkannt, daß das Fehlen sozialistischer Postulate den Terminus „Nationalismus" zu einer leeren Worthülse macht. Kommunisten begreifen, daß ein Sozialismus ohne nationales Selbstverständnis zum internationalistischen Mythos ohne Substanz degeneriert.

Natürlich ist diese Konvergenz noch in der Entwicklung, aber gerade das sollte den Exponenten und Aktivisten beider Bestrebungen doppelter Ansporn sein, für die Schaffung der historischen Synthese von Nationalismus und Sozialismus zu kämpfen. Das alte „Links/Rechts"-Schema, diese reaktionäre Gesäßgeographie, muß endgültig überwunden werden. Das ist die erste Voraussetzung, um letztlich den Status quo zu überwinden.



Grüne Einheit

Kommentar zum Gründungskongreß der Grünen in Karlsruhe

Nun gibt es sie auch als Partei im neuen Stil - die Grünen -, obwohl die Geburt recht schwierig war, aber es ist ja auch bei der Geburt von Sechslingen schwieriger, als bei der Geburt eines einzigen Kindes. Die Parteitagsszene war bunt und antibürgerlich, so ganz nach dem Selbstverständnis der alternativen Szene. Krawatte und Anzug waren verpönt, man lief lieber mit nordischem Pullover und Jeans, mit Latzhose oder im Bayernlook. Kinderbefreiungsfront, homosexuelle Gruppen, Frauengruppen, Naturheilkundler etc. waren ebenfalls vertreten und prägten das Bild des Parteitages mit.

Schwierig war, was im Grunde ganz einfach zu lösen gewesen wäre, die Doppelmitgliedschaft bei den GRÜNEN und anderen Gruppierungen, welche Parteien sind. AUD,KPD und andere Parteien, deren Mitglieder gerne auch bei den Grünen wären, wollten ihre Mitgliedschaft in ihrer früheren Partei sich erhalten. Aber - so muß man sich fragen, bestehen heier nicht Konfliktsituationen, wenn beide Gruppierungen zu Wahlen antreten wollen. Oder wurde dieser Circus nur aus falsch verstandener Interessenpolitik betrieben. Der baden-würtenbergische Landesvorsitzende Hasenclever warnte schon im Hinblick auf die Landtagswahl in Baden-Würtemberg. Auch wenn wir der Meinung sind, daß die Grünen etwas weniger Prozent-Mentalität zeigen sollten, so hat doch dieser Parteitag, wie auch das Echo zeigt, nicht den positivsten Eindruck hinterlassen. Der dumme Streit um Satzungsparagraphen, insbesondere um die Doppelmitgliedschaft zeigen, daß die Berührungsängste, insbesondere zwischen Wertkonservativen und Nur-Ökologen auf der einen und ökologischen Sozialisten mit ihrer ganzen Bandbreite und 'nonkonformen Kommunisten' auf der anderen Seite sehr groß sind.

Unser Vorschlag wäre, daß es bei allen konstruktiven Kräften (wobei der Kommunistische Bund ausdrücklich ausgenommen werden muß) nicht schaden würde, wenn es neben den Grünen als Partei, eben Nichtparteigruppierungen geben würde, deren Mitglieder in den Grünen sind, ob KPDler und AUDler (die ihren Parteistatus aufgeben müßten), Solidaristen, Frei-Soziale usw., denn dies würde nur die basisdemokratische Vielfalt der Grünen gegenüber den etablierten Parteien dokumentieren.

Also laßt uns in den Grünen gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten, egal in welcher politischen Gruppierung wir stehen mögen (oder ob wir in keiner sind), wesentlich ist, daß unsere Wahlformation die GRÜNEN sind, nicht aus Prozent-Mentalität, sondern aus der Überzeugung, daß hier die Formation steht, die das verkrustete Parteiensystem aufbricht und Alternativen zum bestehenden anbietet, sowohl, was die ökologischen, sozialen, demokratischen, nationalen und kulturellen Fragen angeht

In diesem Sinne:

EINHEIT IN VIELFALT

IMPRESSUM

WIR SELBST — Zeitschrift für Nationale Identität
erscheint zweimonatlich
Einzelpreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 14,40
verantwortlicher Redakteur: Siegfried Bublies
Redaktionsmitglieder: Klaus Linde, Linus Torfhaus, Ralf Laubenheimer, Beate Neuberger, Walter Hohenstein, Gerd Letre'
Verlagsanschrift: WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz 1, Druck: Eigendruck
Bankverbindung: Postscheckamt Ludwigshafen
Kto. Nr. 153981-679 (S.Bublies für WIR SELBST)
nächstes Erscheinungsdatum: 1.April 1980
Titelbild: Erich Andres; die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des A.Knaus—Verlags

Hrsgb. Jan Peters

GUHL-Neofaschismus

Nationaler „Sozialismus" von Rechts - Beiträge zu einem „neuen Trend"

Band I

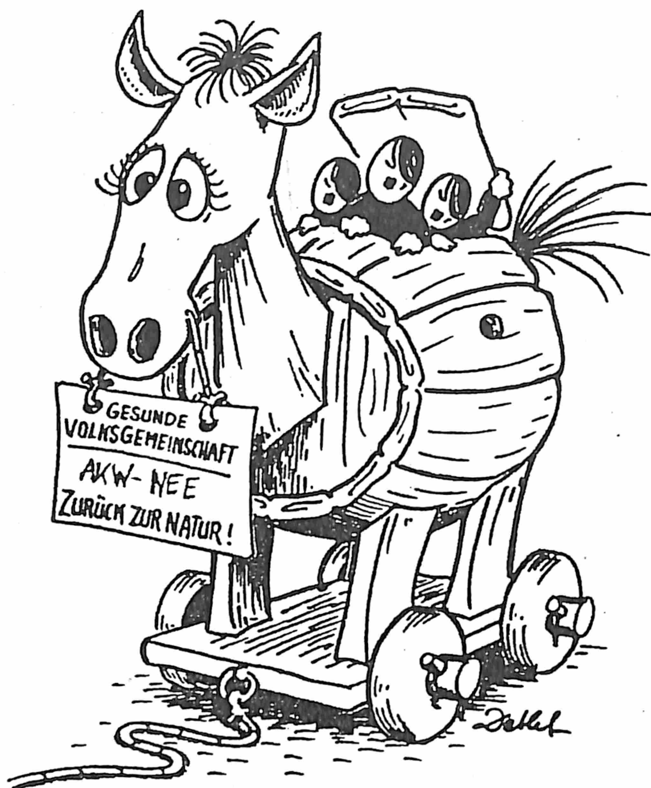
April 1980

antifaschistische Texte dazu von Jean-Michel Berthoud, Ernst Bloch, Erich Fried, John de Graaf, Michael Hepp, Arno Klönne, Shanne Marks, Jan Peters, Dietrich Schulze-Marmeling, Hans-Christoph Schulz, Richard Stöss und Reinhard Strecker

Band II

Mai 1980

DOKUMENTE UND PROGRAMME DER „NEUEN" GRÜNBRAUNEN REAKTIONÄRE (NPD/JN, UAP/JBA, NPV, VSDP, ANS/HANSA, ROEDER, NEUE RECHTE etc.)
Texte von Jan Peters, Richard Stöss und Caren Teichmann



Verlag **Klaus Guhl** 1980 - beide Bände je 160 S. und je DM 20,-

Einzelbestellungen bitte gegen **Vorkasse** von 23 DM (mit Porto) bei P. van Spall, Spenerstraße 2
1000 Berlin 21, Bankkto.Nr. 0240190041 bei der Sparkasse der Stadt Bln.West, BLZ 100 50000